Dienstag, 5. Dezember 2023 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 115 Mitglieder entschuldigt: Danuser (Chur), Heini, Kasper, Salis, Schutz
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Caluori: Darf ich um etwas Ruhe bitten? Ich denke, Sie hatten genug Ablenkung und wir widmen uns wieder dem seriösen Teil zu. Wir fahren fort mit dem Bericht zur Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028. Wir kommen zur Detailberatung. Sie nehmen das grüne Buch hervor auf Seite 124.

Bericht zur «Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028» (Botschaften Heft Nr. 2/2023-2024, S. 121) (*Fortsetzung*)

Detailberatung

Standespräsident Caluori: I. Ausgangslage. 1. E-Government-Strategie 2019-2023. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ja, ich denke, die Strategie wurde ausführlich in der Eintretensdebatte diskutiert und ich werde hier keine Bemerkungen machen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Kommen wir zu Punkt 2. Stand Umsetzung E-Government-Strategie 2019-2023. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich werde hier auch keine Bemerkungen machen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 3. Gesetz über die digitale Verwaltung, DVG. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Das Gesetz über die digitale Verwaltung haben wir in der Oktobersession beraten und genehmigt, verabschiedet. Es bildet die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit in der kantonalen Verwaltung und im digitalen Bereich. Ich denke, das ist

auch abgeschlossen und braucht auch keine Diskussion mehr.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 4. Parlamentarische Vorstösse. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Es sind ja diese zwei parlamentarischen Vorstösse. Einmal von der SVP-Fraktion und der Auftrag Hohl, der eigentlich auch hier bezeichnet, auf die Beschleunigung der digitalen Transformation, was eigentlich dann auch so in diesem Büchlein beschrieben ist und wo auch die Regierung vorschlägt, zusammen mit der KSS, dass man auf die Beschleunigung gehen soll, um die Transformation zu erreichen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Kommen wir zu 5. Ambition der Strategieerneuerung. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu II. Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Hier vielleicht unter 1. Die Notwendigkeit der digitalen Verwaltung. Ich glaube, das ist auch aus der Diskussion hier im Rat zum Vorschein gekommen. Das wird nicht in Frage gestellt. Auch die Gründe, die hier genannt werden, sind unumstritten. Und ich denke, es ist auch das richtige Vorgehen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu 2. Vision. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 3. Strategische Schwerpunkte. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu 4. Strategische Ziele und Massnahmen. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: In der Tabelle 2 wird es eigentlich tabellarisch dargestellt, wie die strategischen Ziele und Zielzustände sind und hinten die Massnahmen 2024-2028. Die strategischen Ziele sind ambitioniert und erfordern politischen Willen, Investitionen und Zeit. Ich denke, das hat man auch gemerkt. Es ist wirklich so, diese strategischen Ziele sind sehr ambitioniert. Und es wurde auch erwähnt, der Fachkräftemangel und die Rekrutierung um die Stellen zu besetzen, wird sicher eine der grossen Herausforderungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Mazzetta, Sie haben das Wort.

Mazzetta: Ich rede zu Punkt 10, Kommunikation und Mitwirkung. Da steht: «Interne und externe Anspruchsgruppen sind informiert über die digitale Transformation im Kanton und können sich einfach einbringen.» Dieses strategische Ziel scheint mir sehr wichtig, wenn wir die Ziele des Projektes wirklich umsetzen wollen. Zum Beispiel die Vereinfachung der Teilhabe, aber auch die Förderung der offenen Verwaltungsdaten. Wenn wir von einem Kulturwandel bei der digitalen Verwaltung reden, so müssen wir uns bewusst sein, dass es auch in diesem Bereich, also bei der Teilhabe und den offenen Verwaltungsdaten, einen Kulturwandel braucht. Das erwarten nicht nur wir hier im Rat, das erwartet auch die Gesellschaft.

Darum ist die Art und Weise, wie das strategische Ziel 10 Kommunikation und Mitwirkung umgesetzt wird, sehr wichtig. Hier geht es nicht nur um interne Anspruchsgruppen, also um die Verwaltung, sondern auch um externe Anspruchsgruppen, wie die Zivilgesellschaft. Die Information und Mitwirkung dieser Anspruchsgruppen ist zentral, wenn das Angebot wirklich nutzerfreundlich sein soll, und wenn die Informationen, die für die verschiedenen Anspruchsgruppen relevant sind, auch wirklich transparent zur Verfügung gestellt werden sollen. Bei der Variante Beschleunigung sehe ich aber auf Seite 197 nur die Massnahme Kommunikationskonzept, nicht aber die Massnahme externer Partizipationsprozess vorgesehen. Das irritiert mich. Mich interessiert darum, wie das strategische Ziel 10 insbesondere bei der Variante Beschleunigung, aber auch bei der Variante Transformation tatsächlich umgesetzt wird. Und dazu habe ich

folgende Fragen an die Regierung. Wie werden die externen Anspruchsgruppen ermittelt? Wie offen wird der Kanton auf mögliche Anspruchsgruppen zugehen? Respektive gibt es ein Verfahren, wo sich alle melden können, die einen Nutzen sehen? Und wie plant der Kanton die Mitwirkung der externen Anspruchsgruppen?

Nicolay (Bever): Eau vulesse gugent dir qualchosa court tal punct 13 «collavuraziun cun cumüns». Illa Tageschau da SRF dals 23 november as ho vis cha bgers progets da digitalisaziun nu vegnan a funcziuner bain traunter oter eir pervi da nos federalissem. Sistems federels nu sun cumpatibels cun sistems chatunels. Per exaimpel eir i'l sector da sandet: lo lavuran bgers ospidels cun differents sistems ed uschè stöglan datas gnir inoltredas püssas voutas. Que drouva bgeras resursas ed es enorm inefficiant. Cha que nu vain uschè inavaunt culla digitalisaziun in Grischun es üna buna collavuraziun da chantun e cumüns essenciela. Quella collavuraziun stu funcziuner già da prüm'innò per evitar dubliciteds uschè cha quels sistems sun zieva eir compatibels e confuorms. Cun que es üna installaziun dad ün post da coordinaziun traunter il chantun ed ils cumüns enorm importanta. Impü am pêra que fich important cha na be l'administraziun chantunela posseda persunel bain scola chi accelerescha la transformaziun digitela, dimpersè cha eir il persunel da l'administraziun cumünela vain scola e perfecziuno regulermaing. La spiüerta e la coordinaziun da quistas scolaziuns e perfecziunamaints es tenor mieu avis illa respunsabilitè dal chantun. Uschè cha la collavuraziun traunter chantun e cumüns possa funcziuner sainza grands problems.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Ist nicht der Fall. Dann gebe ich Regierungsrat Bühler das Wort.

Regierungsrat Bühler: Also zuerst vielleicht ganz kurz zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Das ist nicht unglaublich weit ausgeführt, aber es ist vorgesehen, und auch der Koordinator für die Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist vorgesehen.

Nun aber zu Ihren Fragen. Vielen Dank für die vorgängige Zustellung. Also, auch hier kann ich vorweg sagen, das erste Treffen mit dem Seniorinnen- und Seniorenrat ist bereits abgemacht. Die sind von sich aus auf uns zugekommen, und selbstverständlich gehen wir auf solche Anfragen sofort ein. Aber es ist richtig, es braucht ein Konzept dahinter, und hier möchte ich gerne jetzt auch formell antworten. Für eine möglichst effektive Wirkung der Digitalisierung sind wir auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen Anspruchsgruppen angewiesen. Bei den externen Anspruchsgruppen denken wir insbesondere an die Bevölkerung und an die Wirtschaft, welche zielgerichtet in der Umsetzung der Digitalisierung miteinbezogen werden. Insbesondere sollen Menschen mit unterschiedlichen Bildungshintergründen, Berufsausrichtungen und Nationalitäten, Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen oder solche mit Beeinträchtigungen zur Gestaltung eines möglichst einfachen, nutzerfreundlichen und barrierefreien digitalen Kundenerlebnisses einen entsprechenden Beitrag leisten können. Folge

dessen sind auch Unternehmen sowie Berufsverbände aus den verschiedensten Bereichen miteinzubeziehen. Dabei spielt die transparente und aktive Kommunikation über den Digitalisierungsfortschritt und über neue digitale Angebote für die Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Konzepte für den konkreten Miteinbezug der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie Grundlagen für die Umsetzung der externen Kommunikation sind lanciert und werden zeitnah finalisiert. Und hierzu sind auch Ressourcen vorgesehen. Zu den Anspruchsgruppen gehören aber auch, und das wurde jetzt ja gerade erwähnt, die kommunale Ebene, die Regionen und der Bund. Zusammenarbeiten über alle föderalen Ebenen sind zentral, und das digitale Angebot für unsere Einwohnerinnen und Einwohner sowie für die Unternehmen über alle föderalen Ebenen werden ausgeweitet. Und auch hier, wir sind mit den Gemeinden im Kontakt, aber die Koordinationsstelle muss aufgebaut werden. Wir sind aber jetzt schon beim Bund vertreten, und zwar relativ prominent, unter anderem auch mit dem Kanzleidirektor, dass man die Projekte auf der Ebene digitale Verwaltung Schweiz, die sind sehr zahlreich und sehr umfassend, immer auf dem Radar hat, hier die Synergien erkennen kann, und das dann auch herunterbrechen kann auf den Kanton und auf die Gemeinden. Das so zu diesen Punkten.

Standespräsident Caluori: Dann kommen wir zu III. Organisation. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 1. Umsetzung innerhalb der kantonalen Verwaltung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Auf der Seite 135 ist die Abbildung 3, wo dann auch tabellarisch ersichtlich ist, wie am Schluss dann das Ganze aufgestellt ist und wo es angesiedelt ist, dass es neu beim Departementsvorsteher im DFG angesiedelt ist und hier natürlich Martin Bühler als momentaner Departementsvorsteher auch verantwortlich ist.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu IV. Ambitionsniveau. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Bei IV. Ambitionsniveau ist das, was auch am kontroversesten heute diskutiert worden ist. Und man kann hier aber doch festhalten, dass die Grundlage, also Etappe 1, wäre ein Ist-Zustand, was von niemandem befürwortet wird. Die KSS und die Regierung empfehlen Ihnen die Variante 2, Beschleunigung, dies auch als Chance zu sehen. Und es wird ja dann noch ein Antrag gestellt werden zur Transformation. Dies dann später.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank?

Dann kommen wir zu 1. Grundlagen. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 2. Beschleunigung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Wie eben schon ausgeführt, ist die Beschleunigung die empfohlene Variante zur Umsetzung der Digitalisierung.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Kommen wir zu 3. Transformation. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 4. Finanzielle und personelle Ressourcen. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 5. Variantenempfehlung. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? Dann kommen wir zu V. Finanzielle und personelle Auswirkungen. 1. Finanzielle Ressourcen. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Bei der Variante, die empfohlen wird, sprechen wir von 35 Millionen Franken, die zur Verfügung gestellt werden müssen und die dann nicht dem Finanzreferendum unterstehen. Auch hier empfiehlt Ihnen die Kommission und Regierung, auf dieses Begehren einzutreten.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Mazzetta, Sie haben das Wort.

Mazzetta: Ich rede hier zu den finanziellen Ressourcen. Beim Projekt für die digitale Verwaltung geht es ja um sehr viel Geld. Was mir hier zu kurz kommt, ist die finanzielle Kontrolle des Projektes. Gerade wenn man bedenkt, für welche negativen Schlagzeilen die grossen IT-Projekte des Bundes in den letzten Jahren gesorgt haben. Im Kommissionsantrag, über den wir später sprechen, wird zwar festgehalten, dass die Regierung den

Grossen Rat über die Erfolgskontrolle informieren muss. Erwähnt wird auch das mittel- und langfristige Einsparpotenzial, das ebenfalls aufgezeigt werden muss. Aber eine engmaschige, finanzielle Begleitung des Projektes vermisste ich in diesen Aussagen. Gerne hätte ich darum dazu eine Aussage der Regierung gehabt zur geplanten finanziellen Kontrolle des Projektes. Also konkret, wie ist die finanzielle Kontrolle des Projektes vorgesehen und wie eng wird diese sein?

Standespräsident Caluori: Weitere Voten aus dem Plenum? Regierungsbank?

Regierungsrat Bühler: Also, es ist der Blickkontakt unterbrochen. *Heiterkeit.* Eine Erfolgskontrolle der Umsetzung in materieller und damit auch in finanzieller Hinsicht ist ein zentraler Baustein, um den Fortschritt der digitalen Transformation darzulegen. Damit sollen die allfällige Effizienzsteigerung sowie ein mögliches Einsparungspotenzial aufgezeigt werden. Bei der Verwendung des Rahmenverpflichtungskredits handelt es sich nicht um ein einziges Grossprojekt. Die beantragten 35 Millionen Franken des Verpflichtungskredits enthalten insbesondere 31 strategische Massnahmen in überschaubaren Dimensionen, welche in Etappen umgesetzt und jährlich budgetiert werden. Damit besteht nicht die Gefahr eines Klumpenrisikos für die Verwaltung und den Grossen Rat analog der erwähnten Bundesprojekte. In finanzieller Hinsicht verfügt die kantonale Verwaltung bereits über bestehende und etablierte Kontrollsysteme, welche sich nach dem Finanzhaushaltsgesetz richten. Es besteht somit keine Notwendigkeit zur Einführung neuer Finanzkontrollsysteme. Die Organisation zur Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung Graubünden sieht vor, dass der Planungsausschuss, bestehend aus dem Vorsteher DFG und den Digitalisierungsverantwortlichen aus den Departementen und der Standeskanzlei, nebst der fachlichen auch eine finanzielle Verantwortung zu tragen haben, indem sie über die Ausgaben des Verpflichtungskredits zur Unterstützung der strategischen Vorhaben und Massnahmen das Ganze bestimmt und priorisiert überwachen. Also, das ist in der Organisationsform vorgesehen. Zusätzlich wird eine Person in der Stabstelle digitale Verwaltung, die im DFG angesiedelt wird, mit der Gesamtüberwachung ebenfalls beauftragt sein. Und dann haben wir noch das interne Kontrollsystem, das greifen muss. Und auch dort sind wir ja laufend dabei, dieses interne Kontrollsystem zu verbessern. Der Versuch und auch die Diskussion mit der KSS war, dass man eben nicht ein separates, zusätzliches Instrument schafft, welches wieder Verwaltungsaufwand generiert, sondern dass wir die gängigen Prozesse auch mit diesen Projekten dann beauftragen, die Überwachung, und diese stärken. Keine Zusatzaufwände, sondern die gängigen Instrumente und Prozesse einsetzen. Das ist die Idee dahinter.

Standespräsident Caluori: 2. Personelle Ressourcen. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Bei den personellen Ressourcen mit 45,6 Stellen ist sicher eine der grösseren

Herausforderungen, wie ich schon vorgängig ausgeführt habe. Und ich denke, das kam auch in der Diskussion heute in der Eintretensdebatte klar zum Vorschein. Es wird sicher eine Mammutaufgabe werden, diese Leute rekrutieren zu können. Und natürlich auch Leute rekrutieren zu können, wo eine Digitalisierung in unserem Sinne auch umsetzen und vorantreiben können.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsbank? 3. Ausnahmeregelung in Bezug auf den finanzpolitischen Richtwert Nummer 6. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Regierungsbank? Bevor wir nun zu den Anträgen kommen, möchte ich Sie noch anfragen, haben Sie noch Fragen zur Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028, auf den Seiten 147 bis 175? Das ist nicht der Fall. Dann frage ich Sie ebenfalls an, ob Sie zur Umsetzung und Mittelbedarf digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 auf den Seiten 177 bis 208 Fragen haben? Dies ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Anträgen. 1. Auf die Vorlage einzutreten. Das haben wir schon erledigt. Dann kommen wir zu Antrag 2. Zur Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028, Strategie, mit dem Ambitionsniveau Beschleunigung einen Rahmenverpflichtungskredit von brutto 35 Millionen Franken zu genehmigen, wobei dieser Beschluss nicht dem Finanzreferendum untersteht. Hierzu gebe ich das Wort dem Herrn Kommissionspräsidenten.

2. zur Umsetzung der «Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024 – 2028» (Strategie) mit dem Ambitionsniveau «Beschleunigung» einen Rahmen-Verpflichtungskredit von brutto 35 Millionen Franken zu genehmigen, wobei dieser Beschluss nicht dem Finanzreferendum untersteht.

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (7 Stimmen: Brunold, Cahenzli-Philipp, Lamprecht, Michael [Castasegna], Michael [Donat], Saratz Cazin, Schutz; Sprecher: Lamprecht) *und Regierung*
Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (2 Stimmen: Hug, Morf; Sprecher: Morf)
Ablehnen

Die Kommissionsminderheit hat ihren Antrag zurückgezogen (siehe Wortlautprotokoll Dezembersession 2023, S. 411).

Lamprecht; Kommissionspräsident: Die KSS hat in ihrer Sitzung dieses, vor allem dieses Thema ausführlich diskutiert. Und ich kann Ihnen sagen, wie auch schon vorgängig von Kommissionskollege Michael angesprochen wurde, war die Mitte auch eher dafür, dass man auf

die Transformation tendiert. Und wir haben das auch ganz am Anfang Regierungsrat Bühler unterbreitet, und ihm auch schmackhaft gemacht, man solle doch die Transformation anstreben. Nach eingehender Diskussion aber, sowohl in der Kommission als auch mit den Spezialisten, die wir vor Ort hatten, und auch mit der Regierung, mussten wir feststellen, dass es sinnvoller ist, zum jetzigen Zeitpunkt, die Beschleunigung anzustreben und nicht die Transformation. Ich glaube, viele Gründe wurden auch hier in der Eintretensdebatte genannt, warum man dies so tun soll und auch tun möchte. Ich glaube, wir sollten daran festhalten, denn eine Beschleunigung, die zur Transformation führt, ist sicher die bessere Variante, wenn man es eigentlich von unten herauf macht, als wenn man es umgekehrt macht und eine Transformation hier heute festlegt und diese nicht bewältigen kann. Ich bin immer noch der Meinung, dass es der richtige Weg ist und auch die KSS, zusammen mit der Regierung, kam zum Schluss, dass das die beste Variante ist. Ich würde Ihnen beliebt machen und auch empfehlen, daran festzuhalten und der Verwaltung und auch der Regierung so die nötige Grundlage und die nötige Chance zu geben, eine saubere und wirklich wirkungsvolle Transformation hinzukriegen mit der Beschleunigung.

Standespräsident Caluori: Das Mikrofon ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Dann gebe ich Grossrat Koch das Wort.

Koch: Wir haben es einleitend bereits erwähnt, die SVP-Fraktion stellt Ihnen an dieser Stelle den Antrag, das Ambitionsniveau Transformation mit dem entsprechenden Bruttokredit von 42 Millionen Franken zu genehmigen. Die Ausführungen dazu haben wir einleitend eingebracht.

Ich möchte noch an einem Punkt einlenken und zwar, nur schon beim Begriff Transformation sehen wir eigentlich, was wir heute beschliessen können. Nach Lexikon heisst der Begriff Transformation, Transformation leitet sich vom lateinischen Wort transformare ab, was so viel wie umformen, umwandeln heisst. Der Begriff steht dabei für einen grundlegenden Wandel. So die Definition. Viele von Ihnen haben es angetönt. Genau diesen grundlegenden Wandel brauchen wir eben in unserem Mindset. Sei es intern, sei es extern. Das muss unser Ziel und unser Signal als Grosser Rat sein. Über die Risiken haben wir bereits gesprochen. Wir haben gesehen, dass diese durchaus aus unserer Sicht vertretbar sind. Und dann glaube ich, hat uns Regierungsrat Martin Bühler wirklich aufgezeigt, warum wir es machen sollten. Mit seinem Beispiel vom Automobilverbot bis 1925 ist eigentlich nichts anderes passiert. Man hat eben nicht beschleunigt. Man hat nicht einfach die Pferde vom Wagen weggenommen und ist schneller gefahren, sondern man hat einen grundlegenden Wandel in Graubünden vollzogen. Man hat sich darauf eingelassen. Man hat das Miteinander zwischen Bahn, zwischen Viehwagen und zwischen automobilem Individualverkehr gesucht. Also man hat sich eben transformiert. Und wir haben es gestern auch gehört in der Debatte um die Finanzen. Wir haben unfassbar hohe Reserven. Also wir haben nicht das limitierende Mittel der sieben Millionen Franken, die

wir hier mehr sprechen, um das anzugehen. Und ich glaube, es ist jetzt an der Zeit und richtig, dass wir als Grosser Rat die Zeichen auf Transformation setzen, diese Botschaft nach aussen tragen und hier wirklich bereit sind, diesen Weg zu gehen. In diesem Sinn unterstützen Sie den Antrag der SVP-Fraktion.

Antrag SVP (Koch)

Ändern wie folgt:

zur Umsetzung der «Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024–2028» (Strategie) mit dem Ambitionsniveau «**Transformation**» einen Rahmen-Verpflichtungskredit von brutto **42** Millionen Franken zu genehmigen, wobei dieser Beschluss nicht dem Finanzreferendum untersteht;

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Hohl, Sie haben das Wort.

Hohl: Ich fand die einleitenden Worte von Grossrat Koch beim Eintreten grundsätzlich schon spannend. Weil bei der Transformation, das ist mir auch so rübergekommen, ist sicher der grosse Mehrwert dahinter, ist die Datenplattform. Und ich denke, die Daten sind die Basis jeder Digitalisierung oder jedes digitalen Prozesses. Und ich habe es auch etwas erwähnt, dass wir wegkommen müssen von diesem Projektgeschäft, das wir bisher hatten. Wir machen neue Applikationen. Wir brauchen eine gute Architektur darum und das wären eigentlich die Daten. Von da her habe ich sehr grosse Sympathien für den Antrag der SVP. Ich denke auch, wir würden ja eigentlich den Bogen öffnen, indem wir mehr Mittel gewähren. Sagen wir nicht, Ihr müsst in dieser Zeit all das verbraten, sondern wir sprechen einfach mehr Vertrauen der Regierung aus. Wir öffnen den Bogen etwas, den Handlungsspielraum etwas. Es ist ein Zeichen des Vertrauens. Ich habe aber auch bei der Fraktionssitzung, die wir hatten, und ich möchte die Diskussion auch hier offen führen, habe ich herausgespürt, dass einerseits in der Fraktion war es das Thema, dass wir vielleicht einfach auch nicht bereit sind, diese Chance wahrzunehmen, dass die Regierung das nicht will. Und ich bin der Letzte, der der Regierung Geld zuspricht, das sie nicht will. Das macht für mich grundsätzlich keinen Sinn und was mich aber grundsätzlich auch stört und ich habe es von Ratskollege oder Kommissionsmitglied Gian Michael so vernommen, er hat gesagt, ja sie sind gar nicht in der Lage, diese Transformation zu vollziehen oder dieses Szenario, dieses Ambitionslevel umzusetzen. Und das würde mich dann hingegen wieder sehr stören, wenn wir ein Schein-Ambitionsniveau in der Botschaft hätten, das gar nicht realisierbar ist. Denn dann ziehen Sie uns den Speck oder den Honig um den Mund und wir können nicht zubeissen. Das würde mir irgendwie nicht passen. Also ich bin da wirklich noch sehr unsicher. Für mich dafür spricht eigentlich der Grundsatz, dass Daten zuerst kommen, bevor wir an die Applikationen und an die IT-Anwendungen gehen. Und ich sage auch, dafür spricht, dass wir mehr Möglichkeiten schaffen, als verhindern. Aber dagegen spricht eigentlich die Regierung, die sagt, wir wollen es gar nicht. Und dann ist es eine

komische Situation, dass wir als Parlament sagen, wir geben Euch Geld, das ihr gar nicht wollt. Vielen Dank für Ihre Antworten, Regierungsrat Martin Bühler.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum zu Ziffer 2? Dann gebe ich das Wort Regierungsrat Bühler.

Regierungsrat Bühler: Es ist wirklich ein bisschen paradox. Und ich freue mich, dass wir die Debatte hier führen. Und ich habe es beim Eintretensvotum gesagt, es ist keine Scheinvariante, sondern wir haben uns halt nicht auf der grünen Wiese zu bewegen, sondern wir bewegen uns in der Umgebung, wie sie eben ist. Und andere Kantone arbeiten, der Bund arbeitet. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass wenn wir die Mittel, die uns zur Verfügung gestellt werden, gezielt und effektiv einsetzen möchten, dann können wir es uns leisten, zuerst diese Skalierbarkeit zu erstellen, gleichzeitig die Entwicklungen, die in anderen Kantonen und beim Bund laufen, abwarten, und dann auf besseren, auf bereits vorbereiteten Grundlagen, dieses sehr, sehr anspruchsvolle Projekt angehen. Wir können auch, und ich habe mich über Mittag sehr wohl mit dem Leiter des Amtes für Informatik und des designierten Leiters der Stabsstelle besprochen, die sitzen da oben, und natürlich können wir ein Projekt mehr parallel aufziehen. Ich möchte einfach aufzeigen, die Risiken sind höher, dass wir eventuell Kosten generieren, die wir uns sparen könnten, wenn wir zwei Jahre Geduld hätten. Das Risiko ist grösser, aber die Variante geht und wir können uns sehr wohl auch so aufstellen, dass wir das anpacken können. Vom Zeitplan her sind wir davon ausgegangen, und so haben wir es auch vorgestellt, dass, wenn wir jetzt die Zeit investieren, um uns gut aufzustellen, um skalierbar zu sein, um das Projektportfolio zu definieren, die Organisation aufzubauen und zu testen, dass das seine Zeit in Anspruch nimmt und dass wir nachher mit den sich entwickelten Voraussetzungen auch die Themen im Bereich Transformation, die dort abgebildet sind, angehen können. Es ist mir schon wichtig zu sagen, wir spannen keine Pferde vor die Computer jetzt, sondern wir versuchen mit dem richtigen Gefährt uns im richtigen Gelände zu bewegen.

Standespräsident Caluori: Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich halte zuerst noch fest, dass Grossrat Morf seinen Minderheitsantrag zurückgezogen hat. Somit stellen wir die... Grossrat Koch, Sie haben das Wort.

Koch: Ich glaube, Herr Regierungsrat, wir sind uns in fast allen Punkten wirklich einig. Wir kommen einfach am Schluss nicht zur gleichen Schlussfolgerung. Und das kommen wir einfach nicht aus dem Grund, Sie haben es erwähnt, wir können noch ein Projekt gleichzeitig aufziehen. Und eben, ich glaube, das wäre jetzt richtig und wichtig. Und insbesondere, wenn ich nochmal auf Seite 198 Ihre Beschreibung zur entsprechenden Massnahme der Datendrehscheibe lese, wir holen dort eben alle Anspruchsgruppen, Bürgerinnen, Bürger, Externe wie Gemeinden, wie den Bund, mit Anbindung bewusst von Anfang weg in unser Konzept rein. Und ich glaube, das

ist richtig. Und hier dürfen wir nicht nochmal zwei Jahre warten. Weil genau diese Anspruchshaltung besteht bei der Gesellschaft, dass wir das anbieten können, wenn wir mit diesem Projekt fertig sind und wenn wir die Transformation geschafft haben. Mir geht es ein bisschen so, dass ich hier eben lieber hingehe und sage, ich schleife mein Messer, bevor ich mit dem schneide. Und ich beginne nicht mit dem Messer, mit dem ich jetzt schon die letzten vier, fünf Jahre geschnitten habe, weiterzuschneiden. Sondern ich nehme mir bewusst jetzt die Zeit, schleife mein Messer und mache nachher einen sauberen und schnellen Schnitt mit einer sauberen Grundlage. Und genau so möchte ich vorgehen und daher mit der Transformation den digitalen Wandel schaffen.

Standespräsident Caluori: Grossrat Koch, ich hätte so oder so das Schlusswort noch gegeben. Sie waren ein bisschen zu früh. Aber jetzt gebe ich nochmals Grossrat Brunold das Wort.

Brunold: Ich möchte doch noch gerne etwas zum Antrag von Grossrat Koch sagen. Es ist so, die Regierung und die zuständigen Ämter, das Amt für Informatik, haben einen Plan gemacht, wie die Digitalisierung ablaufen soll. Dieser Plan ist in sich geschlossen. Und ich weiss nicht, haben Sie ein gutes Gefühl, wenn wir als Grosser Rat jetzt kommen, diesen Plan oder grössere Beschlüsse fassen entgegen den Empfehlungen der Experten, dass das dann nachher auch gut rauskommt? Ich unterstelle Ihnen nicht, Herr Koch, dass Sie nicht wissen, wovon Sie sprechen. Sie sind natürlich ein ausgewiesener Fachmann im IT-Bereich. Aber trotzdem, es braucht jemanden, der das Projekt führt, das Projekt durchzieht. Und ich möchte Sie bitten, bleiben Sie beim Vorschlag der Regierung und der Kommission.

Standespräsident Caluori: Nun gebe ich noch dem Kommissionspräsidenten, Rico Lamprecht, das Schlusswort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Danke noch für das Schlusswort. Ich möchte vielleicht noch sagen, Grossrat Hohl hat mir sehr aus dem Herzen gesprochen. Und ich finde, er hat die richtigen Worte getroffen.

Und zu Grossrat Koch: Das mit dem Messer finde ich ein gutes Beispiel. Aber mit dem gleichen Messer, dann wären wir bei Grundlage, das wäre eben der Ist-Zustand. Wir haben jetzt das Messer eigentlich schon geschärft, nur noch nicht so scharf, wie Sie es gerne haben möchten. Sondern man will über die Beschleunigung die Transformation erreichen. Und ich glaube, alles andere wurde auch sehr gut mitgeteilt.

Vielleicht noch zur Aussage, die Gian Michael gemacht hat. Ich glaube, um da kein Missverständnis, ich glaube, er hat nicht dahin gezielt, dass die Regierung nicht bereit ist, umzusetzen und deswegen wir es nicht erreichen, sondern dass die Ambition schon bei Beschleunigung eigentlich sehr hoch ist, auch in der Frage der Rekrutierung des IT-Personals, das wir dann benötigen, und dass das nicht ganz so einfach wird, wie man sich das vorstellt. Ich bin auch überzeugt, dass sowohl in der Verwaltung wie auch in den Ämtern der Wille da ist, diese

Transformation auch umzusetzen. Und ich habe das Vertrauen in unsere Regierung, in unsere Verwaltung, dass sie das auch mit allen Mitteln umsetzen. Auch wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, jetzt anhand einer Beschleunigung und nicht ihnen die Transformation aufzulegen.

Standespräsident Caluori: Somit kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 2: Wer der Variante der Kommission und der Regierung mit den Worten «Beschleunigung» und «35 Millionen Franken» zustimmen möchte, drücke die Taste Plus. Wer dem Antrag der SVP von Grossrat Koch mit den Worten «Transformation» und «42 Millionen Franken» zustimmen möchte, drücke die Taste Minus. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben der Variante Kommission und Regierung mit 67 Ja-Stimmen zu 45 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 67 zu 45 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Caluori: Wir kommen zu Ziffer 3: die zur Umsetzung der Strategie mit dem Ambitionsniveau «Beschleunigung» notwendige Lohnsummenerhöhung für die Schaffung von insgesamt 45,6 Vollzeitstellen vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Lohnsumme auszunehmen. Ich gebe dem Herrn Kommissionspräsidenten das Wort.

3. die zur Umsetzung der Strategie mit dem Ambitionsniveau «Beschleunigung» notwendige Lohnsummenerhöhung für die Schaffung von insgesamt 45,6 Vollzeitstellen vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Lohnsumme auszunehmen; die zur Umsetzung der Strategie mit dem Ambitionsniveau «Beschleunigung» notwendige Lohnsummenerhöhung für die Schaffung von insgesamt 45,6 Vollzeitstellen vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Lohnsumme auszunehmen;

Antrag Kommission und Regierung Gemäss Botschaft

Lamprecht; Kommissionspräsident: Auch hier hat eigentlich die Kommission dies recht lang diskutiert und man hat eigentlich auch, ja, die Schwierigkeit gesehen, wenn man eigentlich so viele Vollzeitstellen schafft. Und man weiss nicht, wie lange sie bestehen bleiben, ob sie jemals eine andere Aufgabe haben, ob das auch für immer so bleibt. Und man hat nach Lösungen gesucht, wie man eigentlich dies auch etwas entschärfen konnte. Und aus diesem Grund hat dann die Regierung und die Kommission dann einen Antrag gestellt, der unten dann noch zu genehmigen ist. Deswegen mache ich Ihnen beliebt, bleiben Sie beim Vorschlag der Regierung und der Kommission.

Standespräsident Caluori: Das Wort ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Allgemeine Diskussion? Grossrat Koch, Sie haben das Wort.

Koch: Ja, bitte entschuldigen Sie, Herr Standespräsident. Auch hier stellt Ihnen die SVP-Fraktion den Antrag, wie bereits angekündigt. Und zwar geht es nicht mehr um Transformation, sondern wir stellen den Ergänzungsantrag wie folgt: «Die Ausnahme ist bis Ende 2032 befristet. Bis dann ist die Lohnsummenerhöhung von insgesamt 5,4 Millionen Franken richtwertrelevant und vollständig zu kompensieren.» Ich habe es auch in meinem Einleitensvotum ausgeführt, weshalb wir zu diesem Schluss gekommen sind. Wir sind der Meinung, dass diese 1,8 Stellenprozent als minimale Erfolgskontrolle doch für uns ersichtlich sein sollten und wir doch sehen möchten, dass die Regierung bis 2032 diese Stellen irgendwo innerhalb der gesamten Verwaltung eben als minimale Zielvorgabe wieder zu kompensieren kommt.

Antrag SVP (Koch)

Ergänzen wie folgt:

...vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Lohnsumme auszunehmen; **Die Ausnahme ist bis Ende 2032 befristet. Bis dann ist die Lohnsummenerhöhung von insgesamt 5,4 Millionen Franken richtwertrelevant und vollständig zu kompensieren;**

Standespräsident Caluori: Bevor ich nun weiterfahre, begrüsse ich den SprachTreff Deutsch unter der Leitung von Christa Schmid. Es sind alles Bürger aus ganz verschiedenen Nationen, die sich, um sich besser integrieren zu können, Deutsch lernen. Herzlich willkommen auf der Tribüne. *Applaus.* Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich möchte gerade vorweg auch hier Stellung nehmen zu diesem Antrag. Dieser Antrag verfehlt aus meiner Sicht das Ziel und widerspricht auch dem eigentlichen Sinn und Geist der finanzpolitischen Richtwerte, die der Grosse Rat gestützt auf das FHG Art. 35 alle vier Jahre neu festlegt. Denn der Antrag zielt im Ergebnis auf Richtwerte, die der Grosse Rat noch gar nicht kennt und nicht beschlossen hat. Sollte der Grosse Rat künftig auf die Formulierung eines Richtwerts betreffend Lohnsummenwachstum verzichten, so läuft der Antrag ohnehin ins Leere und wird gegenstandslos. Zudem wird der Grosse Rat in der nächsten Februarsession über die neuen finanzpolitischen Richtwerte befinden und vier Jahre später erneut. Es ist deshalb aus politischen Gründen nicht klug, vorzugreifen und sich bereits heute Auflagen zu machen, die den Gestaltungsspielraum des Grossen Rates eingrenzen. Der Antrag kommt nicht nur zeitlich und dem Verfahren her ungünstig daher, sondern auch inhaltlich im Blick auf die Festlegung der künftigen Richtwerte. Aus diesem Grund bitte ich Sie, bleiben Sie bei der Botschaft und folgen Sie dem Antrag der Kommission und der Regierung.

Rüegg: Kommissionspräsident Lamprecht hat im Wesentlichen die selbe Argumentation gebracht, die ich

jetzt hier in meinem Votum halten wollte und bitte deshalb die Versammlung, den Antrag auf vollständige Lohnsummenkompensation abzulehnen. Und zwar im Sinne der vorgelesenen Interpretation dieses Antrages durch Kommissionspräsident Lamprecht.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Voten aus dem Plenum? Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich nochmals Grossrat Koch das Wort. Entschuldigen Sie, Herr Regierungsrat, selbstverständlich haben Sie das Wort.

Regierungsrat Bühler: Vielen Dank für die Voten des Kommissionspräsidenten und von Grossrat Rüegg. Ich möchte ergänzen. Ich habe es auch im Eintretensvotum gesagt, wir sind auf einem Weg und nicht am Ziel. Wir haben darüber gesprochen, dass wir einerseits so rasch als möglich, aber auch so umsichtig wie möglich mit der Digitalisierung vorankommen möchten. Im Gesetz zur Digitalisierung, das im Oktober verabschiedet wurde, ist aber ganz klar die Marschrichtung auch gegeben, nämlich Digital first, nicht Digital only. Das bedeutet, auch im Sinne des Diskriminierungsverbots, wir müssen die Prozesse analog so lange aufrechterhalten, wie es eben erforderlich ist. Und es ist heute nicht möglich, hier einen Zeitpunkt zu nennen. Ich habe diesen Anspruch in der Kommission wahrgenommen. Wir haben diesen Anspruch auch in der Fraktion diskutiert und wahrgenommen und wir haben grösstes Verständnis für diesen Anspruch. Auch wir möchten aufzeigen, dass es Effizienzgewinne gibt, dass wir womöglich Einsparungen machen können. Einen Zeitpunkt zu definieren, der Grosse Rat kann das formal. Ich kann nicht aufzeigen oder dagegenhalten und sagen, wir werden dann nicht soweit sein. Ich sage nur, was im 2032 ist, wenn wir sehen, wie dynamisch nur die Digitalisierung allein voranschreitet, erscheint mir nicht möglich. Deshalb bitte ich darum, dass man sich nicht irgendeinen festen Grundsatz für 2032 vorschreibt. Aber wir können damit umgehen.

Standespräsident Caluori: Grossrat Koch, Sie haben das Wort.

Koch: Herr Regierungsrat, Sie haben Recht. Wir müssen die analogen Prozesse aufrechterhalten. Aber ich glaube, wir als Parlament haben da eben auch die Pflicht, einen gewissen minimalsten Druck, dass eben auch die analogen Prozesse so weit wie möglich weiter optimiert werden und so schnell wie möglich digitalisiert werden, diesen Druck aufrechtzuerhalten. Und ich glaube, mit 1,8 Stellenprozent ist dies möglich und wäre dies im Zeithorizont von acht Jahren auch realisierbar. In diesem Sinne unterstützen Sie den Antrag der SVP-Fraktion.

Standespräsident Caluori: Dann gebe ich dem Kommissionspräsidenten, Grossrat Lamprecht, nochmals das Wort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen und bitte Sie, folgen Sie der Regierung und der Kommission.

Standespräsident Caluori: Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 3: Wer der Variante gemäss Botschaft zustimmen möchte, drücke die Taste Plus. Wer den abgeänderten Antrag der SVP mit der Ergänzung «die Ausnahme ist bis Ende 2032 befristet, bis dann ist die Lohnsummenerhöhung von insgesamt 5,4 Millionen Franken richtwertrelevant und vollständig zu kompensieren», zustimmen möchte, drücke die Taste Minus. Für Enthaltungen drücken Sie die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben der Variante gemäss Botschaft mit 77 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen und 36 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 77 zu 36 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Caluori: Nun kommen wir zum Antrag der Kommission und Regierung. Der lautet, die Regierung zu beauftragen im Rahmen der jährlichen Berichterstattung an den Grossen Rat zum Jahresprogramm, Erfolgskontrolle, über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten und namentlich die Effizienzsteigerung sowie deren mittel- und langfristiges Einsparpotential aufzuzeigen. Herr Kommissionspräsident?

Antrag Kommission und Regierung

die Regierung zu beauftragen, im Rahmen der jährlichen Berichterstattung an den Grossen Rat zum Jahresprogramm (Erfolgskontrolle) über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten und namentlich die Effizienzsteigerung sowie deren mittel- und langfristiges Einsparungspotential aufzuzeigen;

Lamprecht; Kommissionspräsident: Das ist genau dieser Satz, den die KSS eingefügt hat auch im Einverständnis mit der Regierung. Und hier geht es wirklich darum, dass man jährlich auch eine Kontrolle hat, auch zum langfristigen Einsparungspotential. Und ich bin auch der Auffassung, dass hier der Grosse Rat immer die Möglichkeit hat, auch aktiv zu werden, sollte sich die Entwicklung nicht dahingehend entwickeln, wie wir uns das vorstellen oder wie sich einzelne vielleicht das vorstellen. In Form eines Auftrages hat der Grosse Rat immer auch die Möglichkeit, kurzfristig einzuwirken und hier Veränderungen herbeizuführen. Ausserdem wurde auch aus der Mitte ja schon gesagt, dass wenn auch die Regierung mehr Mittel benötigen würde, um die Transformation schneller voranzutreiben, so kann dies der Grosse Rat natürlich auch sprechen. Deswegen unterstützen Sie den Antrag der Kommission und Regierung und machen Sie diese Ergänzung in dieser Botschaft.

Standespräsident Caluori: Das Wort ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? Dann kommen wir zur Abstimmung: Wer dem Antrag der Kommission und Regierung zustimmen möchte, drücke die Taste Plus. Wer sich enthalten möchte die Null und wer den Antrag ablehnen möchte die Taste Minus. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben dem Antrag Kommission und Regierung mit 110

Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 110 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Standespräsident Caluori: Nun kommen wir noch zu Punkt Ziffer 4, den Auftrag Hohl betreffend Beschleunigung der digitalen Transformation in der Verwaltung in Graubünden als erledigt abzuschreiben. Herr Kommissionspräsident?

4. den Auftrag Hohl betreffend Beschleunigung der Digitalen Transformation in der Verwaltung in Graubünden als erledigt abzuschreiben.

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich gehe davon aus, dass wir mit diesem grünen Büchlein, mit dieser Botschaft eigentlich den Auftrag Hohl erfüllt haben und ich hoffe, dass wir auch so in die Umsetzung gehen können, wie wir uns das wünschen und vorstellen.

Standespräsident Caluori: Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? Dann schreiten wir zur Abstimmung: Wer den Auftrag Hohl betreffend Beschleunigung der digitalen Transformation in der Verwaltung in Graubünden als erledigt abschreiben möchte, drücke die Taste Plus. Wer ihn nicht abschreiben möchte, die Taste Minus. Wer sich enthalten möchte die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag Hohl mit 112 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen abgeschlossen.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission und Regierung mit 112 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Caluori: Somit sind wir am Ende der Diskussion zum Bericht zur Strategie digitale Verwaltung Graubünden 2024-2028. Ich gebe dem Herrn Kommissionspräsidenten das Schusswort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich möchte mich ganz recht herzlich bei euch bedanken für diese gute und lebhaftige Diskussion. Ich glaube, es ist vieles ausgeführt worden. Die Regierung kann hier sicher einen Rucksack mitnehmen für die Umsetzung der digitalen Verwaltung. Natürlich auch ein ganz herzliches Dankeschön unserem Regierungsrat Martin Bühler und seinem Team. Sie haben gute Arbeit geleistet, gute Vorbereitung, auch in der Sitzung der Kommission für Staatspolitik und Strategie. Somit konnten wir heute auch, ich glaube es ist erfreulich, dass wir diese Botschaft so überwiesen haben, wie es die Regierung und die KSS vorgeschlagen haben. Einen Dank auch an Daniel Spadin, unseren Kanzleileiter, der natürlich jetzt die Digitalisierung nicht mehr

bei sich hat, sondern das wechselt jetzt zu Regierungsrat Bühler und sein Departement. Ich danke auch unserem Ratssekretariat Patrick Barandun und Gian-Reto Meier-Gort für ihre sehr gute und kompetente Arbeit, die wir sehr schätzen und uns auch immer hilft und unterstützt. Und natürlich herzlichen Dank meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen der KSS. Es ist sehr schön, mit euch zusammenzuarbeiten. Auch für eure Unterstützung hier im Rat und eure Loyalität gegenüber unseren Verhandlungen und in dem Sinn bedanke ich mich ganz recht herzlich bei euch für die gute Zusammenarbeit. Ich wünsche einen schönen Nachmittag oder bis zur nächsten Vorlage, die ich auch wieder vertreten darf. *Heiterkeit.*

Standespräsident Caluori: Es tut mir leid, aber der Nachmittag ist auch für Sie nicht fertig. *Heiterkeit.* Im Gegenteil. Sie dürfen gleich zum zweiten Gemeindestrukturbericht als Kommissionspräsident der Kommission für Staatspolitik und Strategie beginnen. Wir beginnen mit dem Eintreten. Ich gebe Ihnen hierzu das Wort. Sie dürfen sich ruhig noch ein wenig sammeln. Sind Sie bereit? Dann gebe ich Ihnen das Wort.

Zweiter Gemeindestrukturbericht (Botschaften Heft Nr. 3/2023-2024, S. 213)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung

Eintreten

Lamprecht; Kommissionspräsident: Es macht fast den Anschein, als ob nur die KSS diesmal Geschäfte hat. Ist natürlich für den Präsidenten jetzt gerade ein bisschen fordernd umzustellen von einem Geschäft zum nächsten. Aber ich bemühe mich, nicht die Übersicht zu verlieren, sodass wir auch das nächste Geschäft, und wir sprechen hier von diesem orangen Büchlein, zweiter Gemeindestrukturbericht, den ich sehr gerne mit Ihnen durchberate, der auch Spass gemacht hat in der Kommission, durchzuberaten. Der aber auch gezeigt hat, wie unterschiedlich Meinungen sein können. Ich werde Ihnen gerne zum Eintreten meine Ausführungen ablesen.

In der Dezembersession 2018 konnte der Grosse Rat erstmalig über einen Gemeindestrukturbericht diskutieren. Dieser Bericht zeigte die Entwicklung und den Stand der territorialen Strukturen in unserem Kanton auf, wobei der Schwerpunkt auf die Gemeindezusammenschlüsse gelegt wurde. Wie damals angekündigt, liegt nun fünf Jahre später der zweite Bericht vor. Und dieser zweite Bericht aktualisiert den ersten, setzt jedoch zusätzliche Schwerpunkte. Insbesondere erfolgt eine umfassende Bewertung der Gebietsreform beziehungsweise deren Umsetzung. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie die Organisation und die Arbeit der Regionen von den Mitgliedern der Präsidentenkonferenz sowie von den Geschäftsleitenden der Regionen beurteilt werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt beim Thema Bürgergemein-

den sowie im Umgang der politischen Gemeinden mit dem Bodenerlöskonto.

Das vom Grossen Rat und der Regierung angestrebte Ziel, die Anzahl politischer Gemeinden bis im Jahr 2020 auf unter 100 zu reduzieren, wurde nicht ganz erreicht. Die Anzahl politischer Gemeinden verharrt seit dem 1. Januar 2021 bei 101. Mehr als die Hälfte weniger als noch vor 20 Jahren. Die Zahl der Bürgergemeinden und interkommunalen Zusammenarbeiten reduzierte sich ebenfalls seit 2000 von 130 auf noch 63 im Jahr 2023. Daneben existieren noch acht bürgerliche Genossenschaften. Die interkommunalen Verflechtungen sanken von früher über 400 auf aktuell unter 200. Die Ergebnisse der Untersuchung stimmen insgesamt zuversichtlich, denn die Regierung erachtet die differenzierten Schlussfolgerungen der Studienautoren als nachvollziehbar. Die Ergebnisse des Fusionschecks bestätigen den Trend der ersten Auswertung aus dem Jahr 2017.

Die Herausforderungen für die Gemeinden bleiben indes gross. Denn die Gemeinde als erste, als unterste Ebene im dreistelligen Staatsaufbau sieht sich seit längerer Zeit verschiedenen Herausforderungen gegenüber, auf deren Ursache sie wenig Einfluss hat. Die Gemeinden werden künftig wohl noch stärker gefordert sein, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Die Bottom-up-Strategie ist weiterhin sinnvoll und realistisch. Die gewählte kantonale Strategie für Gemeindefusionen über Zusammenschlüsse ist nach Ansicht der Regierung der einzig gangbare Weg in Graubünden. Ein Strategiewechsel ist nicht angezeigt, auch wenn sich die Fusionsdynamik kaum mehr intensivieren dürfte. Die Regierung könnte gemäss geltender Rechtsgrundlage Fusionsverhandlungen verfügen, falls sich eine Gemeinde im finanziellen, personellen oder organisatorischen Schwierigkeiten befindet. Bislang hat sie dies jedoch nie getan. Vielmehr setzte sie auf die Beratung und Unterstützung durch den Kanton. Bottom-up heisst darum nicht, dass der Kanton für die Motivation und Durchführung von Fusionsgesprächen und Abklärungen keine Rolle spielen darf.

Der finanzielle und organisatorische Zustand der Bündner Gemeinden ist sehr gut. Auch dank der erfolgten Zusammenschlüsse und der ausgerichteten Fördermittel präsentieren sich die Bündner Gemeinden insgesamt in ausgezeichneter finanzieller Verfassung. Organisatorisch machen sich die Zusammenschlüsse bemerkbar, bestehen doch kaum mehr Gemeinden, die ihre Behörden nicht besetzen können. Der Steuerfuss bleibt nach der Fusion stabil, meist tiefer als vor der Fusion, denn die kantonale Förderung hilft den Steuerfuss einer fusionierten Gemeinde attraktiv zu gestalten. Die anfänglichen Steuerfüsse stellen sich als nachhaltig heraus und können, wenn nicht weiter gesenkt, so mindestens beibehalten werden.

Die Gebietsreform wurde erfolgreich umgesetzt, denn eine Befragung der Mitglieder der Präsidentenkonferenz und der Geschäftsführenden der Regionen zeigt ein positives Bild der heutigen Ausgestaltung der Regionen. Auch wenn unmittelbar kein Handlungsbedarf zu erkennen ist, so möchte die Regierung mittelfristig die Einteilung und organisatorische Ausgestaltung der Regionen überprüfen.

Die Kommission für Staatspolitik und Strategie hat den zweiten Gemeindestrukturbericht am 2. November 2023 ausführlich durchberaten und der Bericht kommt in der ganzen Kommission gut an und wird vor allem als Datenquelle sehr geschätzt. Die Fragen, die die Regierung auf der Seite 301 unter VIII. stellt, erachtet die Kommission als zielführend und soll der Regierung die Strategie für die Zukunft erleichtern. Eine Ausnahme bilden die Ausführungen und die Frage zum Bodenerlöskonto. Die KSS wünscht im Grossen Rat eine strategische Diskussion zum Gemeindestrukturbericht. In diesem Kontext passt die Thematik um das Bodenerlöskonto nicht, da sie die strategische Flughöhe verlässt und ein spezifisches Problem aufgreift. Zudem scheint die Frage unglücklich formuliert, da sie nur eine mögliche Variante, nämlich Aufhebung, anspricht. Die KSS ist deshalb der Auffassung, dass die Thematik Bodenerlöskonto und die dazugehörige Frage 3 im Rat nicht behandelt werden sollen. Dazu werde ich dann auch auf der Seite 285 unter VI. im Namen der Kommission und Regierung einen Antrag stellen.

Ich hoffe, dass während der Eintretensdebatte dies auch von Ihnen, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, berücksichtigt wird und wir nicht eine Debatte führen über Sinn oder Unsinn eines Bodenerlöskontos. Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, ich bitte Sie im Namen der Kommission, auf den Bericht einzutreten und unseren Empfehlungen zu folgen.

Standespräsident Caluori: Das Mikrofon ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Grossrat Brunold, Sie haben das Wort.

Brunold: Jau vi gratular agl Uffeci da vischnauncas per il rapport dallas structuradas da vischnauncas, ch'ei gartegiaus fetg bein. Cun il secund rapport dallas structuradas da vischnauncas havein nus oz la caschun da trer bilanza davart il stan actual da nossas vischnauncas e regiuns. Medemamein savein nus trer bilanza, sche las refuormas dallas vischnauncas e dil territori dils onns vargai han contonschiu lur finamiras. E la finala stuein nus prender las endretgas conclusiuns e decisiuns per ils proxims onns. Co vesa il stan actual ora? Il diember dallas vischnauncas politicas ei sereducius dapi igl onn 2000 da 212 sind 101. Quei munta, oz havein nus pli che las mesadad pli paucas vischnauncas che avon 20 onns. La finamira da 100 vischnauncas egl onn 2020 ei cunquei quasi contonschida. Grazia allas fusiuns da vischnaunca ei era il diember dallas collaboraziuns intercommunalas (cooperaziuns da vischnauncas, etc.) sereducius da 414 sin 192. Entras quei ein las structuradas e las vias da decisiun vegnidadas bia pli semplas. E cunquei che las collaboraziuns intercommunalas han disavantatgs da democrazia, ei la reducziun era en quei grau positiva. Lein merar sin la refuorma dil territori. Grazia a quella refuorma exista denter il cantun e las vischnauncas mo aunc in plaun miez: las regiuns. En quellas 11 regiuns ein vegnidadas integradas las 14 cooperaziuns regionalas, ils 39 cumins ed ils 11 districts. Sch'ins mera sin quellas cefras, lu astgein nus constatar, che las structuradas politicas el Cantun Grischun ein vegnidadas massivamein pli semplas dapi igl onn 2000. Il resultat intermediars dalla

refuorma dallas vischnauncas e dil territori ein vegnidas contonschidas cumpleinamein. Jeu sun dil meini ch'igl ei oz igl endretg mument d'engraziar a tuts ch'ei stai involvai ils davos onns en las refuormas. Quei ein d'ina vart ils responsabels dallas vischnauncas che han ugegiau da fusiunar e che han silsuenter luvrau intensivamein per baghegiar si lur structuras. Lu ei quei igl Uffeci da vischnauncas cun lur menader Thomas Kollegger e siu substitut e menader da project Simon Theus cun lur equipa e natiralmein tuts cusseglers guvernativs che han menau ni meinan il departement sco Vus oz, signur Martin Bühler. Per che las fusiuns da vischnauncas ein gartegiadas, meretan cunzun era Tino Zanetti ed Ursin Fetz cun lur equipas grond engraziament. Grazia fetg a vus tuts, che haveis gidau da reformar e rinforzar las vischnauncas en il cantun Grischun. Tgei han las fusiuns da vischnaunca purtau? Bugen dun jeu a vus in exempel ord la pratica, per che vus saveis far in maletg, daco che las fusiuns da vischnauncas portan sinergias e spargnan bia temps e daners. La Surselva Turissem SA, la quala jeu astgel menar, ei vegnida fundada igl onn 2009 en connex cun la refuorma dil turissem. Ella ha remplazzau las uniuns turisticas communalas. Oz cumpeglia il territori dalla destinaziun turistica en tut 7 vischnauncas. Sch'ins cumpareglia, igl onn 2000 havess il medem territori aunc cumpegliu 34 vischnauncas. Ussa imaginei la differenza, sch'ina organisaziun turistica ha da marcadar e coordinar sias fatschenatas mintgamai cun ils responsabels da 34 ni mo cun 7 vischnauncas. Cun quei pign exempel d'ina organisaziun turistica vesis vus, co la fusiuns da vischnauncas han menau cunzun en las regiuns tier structuras massivamein pli simplas e professionalas. Grazia a quellas ei oz pusseivel in bia pli ault tempo per realisar projects. Fetg legreivel ei era, ch'ei va oz praticamein a tuttas vischnauncas grischunas finzialmein bia meglier che avon 20 onns. Ils peis da taglia han saviu sminuir praticamein dapertut ed il niveau da taglia pli bass ha saviu vegnir mantenius entoch oz. Nus astgein constatar, che biaras vischnauncas Grischunas ein oz tschentadas si fetg robust, aschia ch'ellas pon dumignar las sfidas dil futur. Quei che nus stuein discussiunar, ei la strategia da promoziun. Ils davos onns ei vegniu investau bunamein 200 milliuns francs en 42 fusiuns. Jeu sun dil meini, che quei ei stau ina excellenta investiziun dil Cantun en sias vischnauncas, che vegn a sepagar fetg per il cantun e per las vischnauncas. Tgei ha il cantun survegniu per quell'investiziun? Il diember da vischnauncas ei sereducius per varga la mesadad ed igl ein naschidas biaras novas vischnauncas, ch'ei bia pli fermas che avon la fusiun. Las novas structuras simplificheschon ina buna collaboraziun denter il cantun e las vischnauncas. Quei cunzun era sche nus patertgein vid la strategia da digitalisaziun vegnenta, che pertucca ton il cantun sco las vischnauncas. Las investiziuns dil cantun ein era in dils motivs, daco ch'ils peis da taglia dallas vischnauncas ein oz pli bass che avon las fusiuns. Attractivas vischnauncas ein impurtontas premissas, ch'era il Cantun ei attractivs. Per la futura strategia da promoziun vul quei gir: Il Cantun astga vinavon esser generus cun las contribuziuns da fusiun, tenor miu meini aunc pli generus che oz. Daners per fusiuns «bottom-up» ein era el futur ina fetg buna

investiziun per il cantun che vegnan a sepagar. Vegnin nus tier il diember dallas vischnauncas: Il diember da 101 vischnauncas ei gia oz in grond progress. Sch'jeu merel sin la carta grischuna sin pagina 271 dil messadi, ei da constatar, ch'entginas regiuns han gia fatg lur pensums da casa per scaffir bunas structuras. Vischnauncas fetg pintgas havein nus bunamein neginas pli. Denton muossa la carta, ch'ei ha schon aunc en biaras regiuns potenzial per fusiuns. Quei per exempel ella Cadi, ella Surselva Sut, la Val dil Rein, la Purtenza, ella regiun Viamala, ella Mesolcina ed era ell'Engiadina Aulta. Sch'ins dumbra ensemen il potenzial da fusiun, ei la finamira da 50 vischnauncas a liunga vesta aunc adina realistica. Per las fusiuns eis ei vinavon l'endretga via, sche las vischnauncas prendan autonomamein las decisiuns. Las fusiuns ston crescher «bottom-up», sch'ellas duein funcziunar el futur.

Per finir aunc entings patratgs davart ils temas vischnauncas burgheisas e regiuns. Per la sessiun actuala eis ei aunc memia baul da debattar, sche nus stuein far pli grondas midadas tier las vischnauncas burgheisas e las regiuns. Caras collegas e cars collegas, jeu vi denton far attents vus da ponderar, sch'ei drova cheu el futur era ina refuorma. Sche nus havein mo pli 101 vischnauncas ed 11 regiuns, duvrein nus propi aunc 63 vischnauncas burgheisas ed 8 associaziuns da burgheis? Ei quella structura pli effizienta per contonscher las finamiras, ni dat ei tier las vischnauncas burgheisas era potenzial da restructuraziun? Tgi sa, forsa saveis vus perschuer mei, ch'ei drova era el futur vischnauncas burgheisas sco tochen oz. Mo negina tema, jeu vi oz aunc buc menar ina discussiun profunda tier quei tema. Jeu sustegn il meini dalla cumissiun, che nus discussiunein oz buca il tema dallas vischnauncas burgheisas e cunzun era buc il tema tier il conto per il recav or da la vendita da terren (Bodenerlöskonto). Tier il proxim rapport dallas structuras da vischnauncas savessi forsa vegnir temps per discussiunar quei. Era ei il proxim rapport forsa era igl endretg mument per mirar, sche las 11 regiuns dad oz ein optimalas, ni sch'ei fagess senn da metter aunc ensemen entginas regiuns. Preziadas collegas, preziai collegas. Jeu supplicheschel vus d'entrar en la fatschenta. Silsuenter supplicheschel jeu vus da suandar allas propostas dalla maiortad dalla cumissiun.

Cahenzli-Philipp: Wir haben heute einen farnefrohen Tag. Nach weiss-blau folgte grün und nun sind wir bei der orangen Broschüre. Und dieser Bericht, dieser zeigt auf, wie der Kanton zusammen mit den Gemeinden auf dem Weg zum Strukturwandel voranschreitet, welche Zwischenziele erreicht wurden und wo die Stolpersteine liegen. Der Bericht ist sehr spannend zu lesen und zeichnet ein umfassendes Bild der heutigen Situation. Dafür gebührt Regierungsrat Bühler und seinem Team im Amt für Gemeinden einen grossen Dank für diesen umfassenden, spannenden Bericht.

Es ist dies der zweite Bericht seit der Zielsetzung aus dem Jahr 2011, die Anzahl politischer Gemeinden bis ins Jahr 2020 auf unter 100 zu senken. Ein Ziel, das ja fast erreicht wurde. Zwei Erkenntnisse aus dem Bericht will ich kurz benennen. Erstens, die Fusionsdynamik hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Der Prozess

ist ins Stocken geraten, ja es droht gar Stillstand. Zweitens, die Herausforderungen der Gemeinden werden nicht kleiner, im Gegenteil. Denken Sie nur an das vorhergehende Geschäft digitale Verwaltung. Und Sie alle kennen die gesellschaftlichen Veränderungen und Megatrends, welche die Politik zwingen, immer wieder kritisch zu hinterfragen, ob die heutigen Strukturen belastbar genug sind, um diesen Herausforderungen professionell zu begegnen.

Aus den zahlreichen grafischen Darstellungen und dem Datenmaterial im Bericht lässt sich unschwer herauslesen, dass unser Kanton immer noch recht üppig strukturiert ist. Man kann sagen, es hat viel Struktur für wenig Einwohnerinnen und Einwohner. Wie reagieren nun die Gemeinden auf die Herausforderungen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben? Zwar ist es von der Anzahl her, wie Kollege Kevin Brunold gesagt hat, von der Anzahl her etwas abnehmend, dennoch setzen immer noch viele Gemeinden auf interkommunale Zusammenarbeit, sei dies im Schulverband, bei der Feuerwehr, im Bauamt oder der Werk- und Forstgruppe. Das mag auf den ersten Blick zweckmässig erscheinen. Auch meine Gemeinde pflegt bei der Feuerwehr eine gut nachbarschaftliche Zusammenarbeit. Dennoch wird dadurch die Autonomie der Gemeinde nach und nach doch etwas ausgehöhlt. Denn grosse finanzielle Mittel sind dadurch zweckgebunden und die strategische Entscheidungskompetenz entzieht sich dem Stimmvolk. Und damit entsteht eine Scheinautonomie, verbunden mit einem eigentlichen Demokratiedefizit, welches den Einwohnerinnen und Einwohnern jedoch kaum offensichtlich bewusst ist.

Noch ein Wort zum Fusions-Check, der ist auch Bestandteil dieses Berichts. Er zeigt, dass beinahe drei Viertel der Bevölkerung in den fusionierten Gemeinden einer Fusion erneut zustimmen würden. Im Vergleich zur ersten Evaluation ist das eine leicht höhere Zustimmung. Das ist positiv zu werten. Der Bericht zieht also eine Bilanz und stellt den Status quo dar. Mit den Grundsatzfragen auf Seite 301, die uns die Regierung vorlegt, sollen nun die Weichen zur weiteren Strategie der Gemeindereform gelegt werden. Dieses Kapitel deutet in die Zukunft. Und diesen Zukunftsblick im Sinne einer Vision, eines Szenarios, das hätte ich mir im Bericht oder zumindest im Fazit doch noch etwas ausführlicher, etwas prägnanter, gewünscht. Wie kann der ins Stocken geratene Prozess neu befeuert werden, und an welchen Stellschrauben muss dafür gedreht werden? Soll das Anreizsystem überdacht werden? Oder ist es gar die Strategie? Und welche Rollen spielen dabei die Regionen in der Zukunft? Um diese Frage werden wir heute diskutieren und so viel vorne weg, ich werde mich später nicht mehr äussern. Betreffend die Frage vier über die Regionen wird meine Fraktion nicht einheitlich abstimmen. Die Gründe dafür werden dann erklärt. Am Ziel jedoch will die SP unbedingt festhalten. 50 starke Gemeinden mit zukunftsfähigen Strukturen und mit einer sinnvollen Aufgabenverteilung. Dafür gilt es konsequent Hemmnisse abzubauen und Anreize zu stärken. Es ist ein künftiger Weg zu suchen, um die Gemeinden für sinnvolle Zusammenschlüsse zu motivieren. Ich stelle mir vor, dass die heutige Diskussion da als Impulsgeberin fungieren kann, nicht zuletzt durch das Weitertragen,

durch das Hineintragen des Berichts in die Gemeindevorstände. In diesen Gemeindevorständen unseres Kantons soll die Botschaft zur Pflichtlektüre werden und ein Aufruf sein, die Strukturen in der eigenen Gemeinde kritisch zu reflektieren und auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt den Kommissionsantrag, die strategischen Strukturfragen zu diskutieren, nicht aber die untergeordnete Frage zum Bodenerlöskonto.

Saratz Cazin: Mit grossem Interesse habe ich den Bericht gelesen, und auch ich danke für dessen Verfassung. Was mich gefreut hat, ist zu sehen, dass es unseren Gemeinden im Kanton Graubünden zumindest finanziell gut geht. Man könnte wahrscheinlich sogar sagen, es geht ihnen sehr gut. Der Bericht zeigt allerdings auch deutlich auf, dass sich die Gemeinden unseres Kantons vielen Herausforderungen zu stellen haben. Die demografische Entwicklung und deren Konsequenzen, nicht nur, aber ganz klar auch auf die raumplanerische Entwicklung unserer Gemeinden, ist nur eine von vielen. Dass dieses neue Raumplanungsgesetz die Gemeinden vor enorme Herausforderungen stellt, ist wohl eine der wenigen Sachen, über welche vielleicht sogar Einigkeit herrscht in diesem Saal. Nicht ganz so einig werden sich die im Saal Sitzenden darüber sein, wie man diese Herausforderungen am besten angehen sollte und welche Lösungen denn nun die richtigen sind. Dass es kein Allerheilmittel und keine allgemeingültige Antwort zu dieser Fragestellung gibt, liegt mit Sicherheit auch an den Eigenheiten einer jeder unserer Regionen und speziellen Gegebenheiten in den einzelnen Gemeinden.

Auf Seite 254, dem Fazit des Berichtes, dass wohl noch immer ein Handlungsbedarf zur Strukturveränderung vorhanden ist in unserem Kanton, stimme ich zu. Und ich teile die Ansicht, dass Gemeinden dank Strukturbereinigungen Fusionsgewinne erzielen können. Dies kann auch auf finanzstarke Gemeinden zutreffen. Völlig ausser Frage steht für mich hingegen in diesem Zusammenhang, dass der Bottom-up-Ansatz der einzig richtige ist für unseren Kanton und für unsere Bevölkerung. Die Gemeindeautonomie muss im Rahmen des gesetzlich Zulässigen bedingungslos gewahrt werden. Der Anstoss für eine Fusion muss aus den betroffenen Gemeinden kommen. Es kann, ja es darf nicht sein, dass den Gemeinden und deren Bevölkerung vom Kanton Vorgaben gemacht werden, ob eine Fusion an Hand genommen werden soll oder nicht. Ich bin zudem überzeugt, dass weitere Fusionen von alleine folgen werden, dass also keinesfalls Stillstand droht. Denn die Herausforderungen für die Gemeinden werden nicht kleiner. Nur schon die Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung Graubünden, welche wir gerade heute Nachmittag beschlossen haben, wird auch für die Gemeinden eine zusätzliche Herausforderung darstellen. Eine Herausforderung, die nicht ganz leicht umzusetzen sein wird. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist das steigende Bewusstsein bei der Bevölkerung unseres Kantons, dass Zweckverbände und die Übertragung von Aufgaben der Gemeinden an die Regionen selbst oder regionale Gebilde eben nicht nur Vorteile mit sich bringen, sondern auch negative Aus-

wirkungen haben können. Es war denn auch nie der Plan, dass Gemeinden ihre Kernaufgaben an Regionen delegieren. Das Ziel waren und sollten immer noch starke Gemeinden und schlanke Regionen sein. Kann eine Gemeinde ihre Kernaufgaben nicht mehr selbst erfüllen, muss eine Fusion ins Auge gefasst werden. Die Kompetenzverschiebung in die Regionen ist meiner Meinung nach nicht wünschenswert. Ein Top-down-Ansatz wäre aber insgesamt meiner Meinung nach nicht nur klar falsch, er ist auch unnötig.

Ich stehe auch sehr deutlich hinter dem Antrag der Kommission, dass die dritte Frage und das dazugehörige Kapitel der Botschaft heute nicht behandelt werden sollen. Wie der Kommissionspräsident Lamprecht bereits ausgeführt hat, bin auch ich der Meinung, dass diese Frage und das gesamte Thema des Bodenerlöskontos die Flughöhe dieses Berichts klar verlässt. Bei diesem Bericht handelt es sich, wir haben es gehört, um ein Papier, welches uns strategische Diskussionen ermöglicht und von uns fordert. Die Regierung stellt uns drei Fragen, deren Beantwortung eine weitreichende Wirkung auf die Entwicklung unseres Kantons in den nächsten Jahren haben wird. Die Frage betreffend das Bodenerlöskonto verfehlt diese Wirkungstiefe im Vergleich markant und gehört für mich daher hier und heute nicht behandelt, um nicht den wirklich wesentlichen Fragen den Fokus zu entziehen.

Die Fraktion der GLP ist selbstverständlich für Eintreten und wir freuen uns auf eine spannende Diskussion.

Michael (Castasegna): Non voglio ripetere tutto ciò che hanno detto i miei colleghi di Commissione, però ci tengo a cercare di fare un inquadramento sulla discussione che terremo qua oggi e sulle aspettative che emergono anche dalla Commissione su questa discussione. Allora, effettivamente ci troviamo di fronte un documento interessante, io assieme ai miei colleghi di Commissione, abbiamo il piacere di far parte di una Commissione che tratta temi altamente politici, strategici per il Cantone, quindi in questo caso le strutture, come siamo organizzati, come funzioniamo, come funziona lo Stato. In passato abbiamo discusso il sistema elettorale o preparato, predisposto e presentato in Gran Consiglio. Ci siamo occupati più volte della perequazione finanziaria dei comuni, quindi i rapporti interni, all'interno del Cantone, tra chi è più forte e chi è più debole. Quindi sono temi altamente interessanti e anche altamente importanti per il funzionamento del nostro Paese. Questo documento è una retrospettiva, quindi guarda indietro e ci dice a che punto siamo. Quindi fa un'analisi, io direi un'analisi anche estremamente positiva dell'attuazione, quindi di ciò che è stato deciso in passato ed è stato attuato a livello cantonale. I comuni funzionano, i comuni in grandi linee hanno raggiunto una stabilità da un punto di vista economico, sono sani, c'è una certa crescita. Quindi è ciò che volevamo, possiamo dire che abbiamo raggiunto l'obiettivo che ci eravamo posti, quindi arrivare entro il 2020 a circa 100 comuni, sono 101, ma dire «circa» direi obiettivo raggiunto, non solo un po', pienamente raggiunto. Nel 2012 non era per nulla evidente che si potesse raggiungere questo risultato e ci troviamo di fronte dei prossimi obiettivi da condividere, quindi c'era l'obiet-

tivo di ottenere o di arrivare a 50 comuni e a lungo termine, lungo termine lo era 10-15 anni fa, ora direi lungo termine potremmo definirlo magari diversamente, comunque dobbiamo oggi discutere, vogliamo andare avanti in questa direzione, dobbiamo capire se il modello attuato va ancora bene. Quindi una discussione in Gran Consiglio in questo momento è molto utile, capire anche le aspettative, capire se sono cambiate delle condizioni e se la strategia attuata, pur avendo avuto successo, per il futuro può essere utile. Cambiano le sfide, cambiano i problemi che vanno affrontati a livello di gestione amministrativa, pensiamo solo alla digitalizzazione che sicuramente per i comuni più piccoli e meno attrezzati, con meno forze a livello amministrativo possono trovarsi in difficoltà. Un capitolo rimane il capitolo delle regioni, un capitolo che avevamo affrontato già qualche anno fa sulla base di una mia interpellanza, l'analisi della situazione delle regioni è stata fatta, anche in questo caso l'analisi sembra relativamente positiva, se però si verificano o analizzano nel dettaglio le risposte a certe domande qualche interrogativo comunque si pone. Il Governo propone a medio termine di intervenire sull'organizzazione delle regioni e quindi di eventualmente ripensare alla disposizione, al numero delle regioni, all'organizzazione, ai compiti eccetera. Penso che sia necessario, capisco anche che non si possa fare tutto subito e quindi al momento ci rendiamo conto di quali saranno i prossimi passi. A noi tutti oggi spetta il compito di far sentire la propria voce, di far capire in che direzione vogliamo andare, di dare delle indicazioni che poi possano essere raccolte dal Governo e messe atto in un piano, un nuovo piano da presentare.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Dann ist das Mikrofon offen für das Plenum. Grossrat Degiacomi, Sie haben das Wort.

Degiacomi: «Starke Gemeinden, starker Kanton» war das Motto der Strukturreform 2011. Getrieben wurde diese Reform von einer fortschrittlichen Koalition. Und es ging damals um eine Verschlingung der staatlichen Ebenen. Bezweckt wurde, dass jede für sich möglichst in die Lage versetzt oder es bleiben sollte, ihre Aufgaben möglichst autonom und kompetent erfüllen zu können. Ich muss nun nicht alle Details wiederholen, die schon gesagt wurden. Es ist auf jeden Fall sehr gut, und ich möchte mich dafür bedanken, dass Regierung und Verwaltung periodisch Zwischenbericht erstatten. Auch möchte ich mich beim Amt für Gemeinden für die sehr gute Beratung der Gemeinden, insbesondere im Zusammenhang mit Fusionen, aber auch sonst bedanken. Wir dürfen konstatieren, dass der Grosse Rat damals einen grossen, aber bis anhin auch erstaunlich realistischen Wurf gelandet hat. Offensichtlich ist jedoch, und das wurde verschiedentlich erwähnt, die Fusionsdynamik hat eindeutig abgenommen. Aktuell ist nur noch gerade eine einzige Fusion in fortgeschrittener Diskussion, jene zwischen Chur, mit 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, und Tschierschen-Praden mit etwa 300 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zwei Punkte springen beim vorliegenden zweiten Gemeindestrukturbericht für mich besonders ins Auge. Einer betrifft die Regionen und einer die Anzahl der Gemeinden. Betreffend die Regionen werde ich beim entsprechenden Kapitel 7 im Detail sprechen. Betreffend die Reduktion der Gemeinden möchte ich jedoch gleich hier bei der Eintretensdebatte meine Vorbehalte am Bericht und den Anträgen der Regierung anbringen. Der springende Punkt: Die Regierung schlägt vor, erstens an der Prämisse des Bottom-up-Ansatzes festzuhalten, habe ich auch nichts dagegen. Zweitens das Ziel der 50 Gemeinden weiterzuverfolgen, habe ich auch nichts dagegen. Aber drittens, es fehlt ein Punkt respektive es wird nicht thematisiert, nämlich allfällige Änderungen bei den Förderinstrumenten vorzunehmen. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, wenn Sie sich die erlahmende Fusionsdynamik im Kanton vor Augen halten, glaubt jemand im Saal allen Ernstes, dass das funktionieren wird? Ich nicht. Ich insbesondere nicht, wenn ich mir vor Augen halte, dass das einzige aktuell laufende sowie die möglichen anstehenden Fusionsprojekte deutlich schwieriger werden als die bisherigen.

Die finanziellen Disparitäten werden immer grösser, zudem werden grössere und finanziell gesunde Gemeinden bei Fusionsprojekten aktuell systematisch benachteiligt. Systematisch benachteiligt, das fragen Sie sich sicher gerade, was ich damit meine. Es sind drei Punkte im Besonderen. Punkt eins: Bei der Berechnung der Förderpauschalen gibt es die sogenannten Einwohnerpauschalen. Und bei der Berechnung dieser Einwohnerpauschalen, da wird bei 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern gedeckelt. Dies können Sie im Bericht auf Seite 260 nachlesen. Und wozu führt das? Zu einer sehr grossen Schlechterstellung der Einwohnerinnen und Einwohner von grösseren Fusionsgemeinden. Ich kann Ihnen vier Beispiele geben. Sie erinnern sich wahrscheinlich, Bergün und Filisur 8,84 Millionen Franken Förderbeitrag, pro Einwohnerin und Einwohner rund 9 900 Franken. Ilanz/Glion 17,7 Millionen Franken, pro Einwohnerin und Einwohner aber nur rund 3 900 Franken. Igis mit Mastrils 3,1 Millionen Franken, pro Einwohnerin und Einwohner nur noch rund 378 Franken. Und Haldenstein mit Chur 3,5 Millionen Franken, 89,39 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Ratskollege Bachmann hat die Fünffzigernoten vielleicht noch hier, das könnte man noch anschaulich damit aufzeigen. Also liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, es ist nun ganz simpel. Je grösser die fusionierte Gemeinde, desto weniger erhalten die einzelnen Bürgerinnen und Bürger aus dem Fusionstopf. Ist das korrekt? Sie sind doch nicht Bürger zweiter Klasse oder Budgetbürger. Sie äpfeln den Fusionstopf ebenfalls mit ihren Kantonssteuern. Also bitte, ich möchte, dass auch grössere Gemeinden einen Anreiz und eine Chance haben, zu fusionieren. Und ich möchte auch, dass kleine Gemeinden eine Chance haben, bei ihren grösseren Nachbarn unterzukommen, wenn sie das möchten oder etwa nicht. Aber im Moment behindert die Förderpraxis das systematisch.

Punkt zwei, Steuerfussausgleich: Bei der Anrechnung des Steuerfussausgleichs kennt die Praxis der Regierung nur einen Ausgleich runter bis 100 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Beispiel: Gemeinde X hat 90 Prozent,

Gemeinde Y 110 Prozent. Man gibt nur einen Ausgleich für 10 Prozent, von 110 auf 100, nicht für 20 Prozent von 110 auf 90 runter. Die finanziell starken Gemeinden mit einem tiefen Steuerfuss werden also für diesen tiefen Steuerfuss bestraft. Wie sollen so Gemeinden mit einem tiefen Steuerfuss jemals einen Anreiz haben, auf ihre Nachbarn zuzugehen? Hier besteht Handlungsspielraum, wenn wir weiterkommen wollen.

Und der Punkt drei, die Bemessungsdauer des Disparitätenausgleichs: Gemäss Praxis der Regierung werden Disparitäten nur während zehn Jahren errechnet und teilweise ausgeglichen. Wenn es sich um grosse Disparitäten handelt, wird damit der künftige negative Anreiz immer weniger überwunden werden können. Auch hier ein Knackpunkt.

Geschätzte Regierung, mit dieser Förderpraxis kommen wir aus meiner Einschätzung nach nicht ans Ziel der 50 Gemeinden. Das möchte ich heute mit aller Deutlichkeit zu Protokoll geben. Wir können nicht die Prämissen belassen, an den Zielen festhalten und nichts an den Anreizen ändern, wenn Sie sich auf der letzten Meile als Bremsklotz entpuppen. Mir ist bewusst, dass der Grosse Rat letztlich die einzelnen Fusionen beschliesst. Die Genehmigung der Förderbeiträge liegt jedoch gemäss Finanzhaushaltsgesetz in der Kompetenz der Regierung. Bei den vier weichenstellenden Fragen der Regierung auf Seite 301 habe ich deshalb eine schmerzliche Vermisst, nämlich jene, ob die Förderinstrumente beibehalten oder angepasst werden sollen. Ich möchte daher der Regierung die folgenden zwei Fragen stellen, und ich habe Sie vorgängig Regierungsrat Martin Bühler zukommen lassen. Ich hoffe, sie sind bei ihm angekommen. Ich bin nicht ganz sicher, weil er normalerweise den Eingang bestätigt. Die zwei Fragen lauten: Sind Sie der Ansicht, dass das Ziel der 50 Gemeinden ohne Anpassung der Förderbeiträge realistisch zu erreichen ist? Und die zweite Frage: Sind Sie bereit, auch ohne Auftrag aus dem Grosse Rat eine Anpassung der Förderbeiträge zu prüfen und gegebenenfalls vorzunehmen?

Loepfe: Der vorliegende Gemeindestrukturbericht ist insgesamt ein gelungenes Werk, welches meiner Ansicht nach aber ein paar Mängel aufweist. Der grösste Mangel ist, dass der Bericht beschönigend ausgefallen ist. Alles ist gut, und man kann alles so weiterlaufen lassen und einfach beobachten. Lediglich das Bodenerlöskonto könnte man abschaffen. Nun, schaut man genauer hin, so sieht die Sache in zwei Aspekten nicht mehr ganz so schön aus. Nämlich die finanzielle Gesundheit der Gemeinden und die Bottom-up-Strategie bei den Gemeindefusionen. Ich melde mich hier in der Eintretensdebatte und werde mich deshalb mit diesen Punkten in der Detailberatung nicht mehr melden.

Ich gehe zuerst auf die finanzielle Gesundheit der Gemeinden ein. Der Bericht stellt die Situation dar, als würde es allen Gemeinden besser gehen. Das Vermögen der Gemeinden ist insgesamt angestiegen und die Steuerfüsse sind gefallen. Bei den Gemeinden Trun, Safien, Thusis und Rhäzüns ist das 2016 ausgewiesene Nettovermögen aber in eine Verschuldung gekippt. Dazu nimmt der Bericht inhaltlich keine Stellung. Es wäre

interessant gewesen, nach den Gründen zu forschen und zu fragen, ob diese eventuell auf strukturelle Mängel im System hinweisen. Im Falle von Rhäzüns wäre beispielsweise herausgekommen, dass diese Gemeinden zusammen mit Felsberg das niedrigste Durchschnittsalter im Kanton hat. Das bedeutet, dass beide Gemeinden viele Kinder haben und unter den entsprechenden Schul-lasten ächzen. Der Finanzausgleich puffert diese Lasten nach Ansicht der Gemeindevorstände zu wenig ab, was letztlich bedeutet, dass die Gemeinden ihren Kinder-reichtum mehrheitlich selbst tragen müssen. Ich frage mich, ob dies in den Zeiten der vorausgesagten Stabili-sierung und des Rückgangs der Bündner Bevölkerung einschliesslich des Fachkräftemangels eine sinnvolle Haltung des Kantons ist. Man könnte sich zur Aussage erdreisten, dass diese beiden Gemeinden Entwicklungshilfe für den Kanton leisten und diese zu knapp einem Drittel auch noch selbst berappen müssen. Ich erhoffe mir, dass mein Appell bei der nächsten Revision des Finanzausgleichs Gehör finden wird.

Dass nicht alles dem Narrativ des zweiten Gemein-destrukturberichts entspricht, zeigt auch die Medienmit-teilung der Regierung vom 24. August 2023 unter dem Titel «Anstieg des Ressourcenausgleichs 2024». Darin steht, dass zusätzlich vier Gemeinden in die Ressourcen-potenzialindexkategorie 50 bis 72,4 abgestiegen sind. Davon steht im Gemeindestrukturbericht nichts.

Bezüglich der Gemeindefusionen ist die Regierung der Ansicht, dass auf einen Strategiewechsel verzichtet werden soll und weiterhin am Bottom-up-Ansatz festge-halten werden soll. Nach dem Scheitern des Fusionspro-jekts von Laax mit Sagogn und Schluein wegen des Urnenneins in Laax frage ich mich doch, ob der touristi-sche Bottom-up-Ansatz eine gute Sache ist. Zwei kleine-re Gemeinden sagen ja, die grosse Gemeinde sagt nein, und das aus egoistischen Gründen. Und jetzt? Ist das aus kantonaler Sicht nicht korrekturwürdig? Meine Zweifel nährt aber auch die Erfahrung mit der Diskussion zwi-schen Rhäzüns und Bonaduz. Einzelne unter den hier anwesenden Grossrätinnen und Grossräten haben mir auch schon empfohlen, mit meinem ständigen Jammern um die strukturelle Finanzschwäche von Rhäzüns aufzu-hören und mit Bonaduz zu fusionieren. Nun, im Novem-ber 2020 hat der damalige Regierungsrat Christian Rathgeb auf meine Anfrage Sondierungsgespräche zwischen den beiden Gemeinden vermittelt. Diese mündeten in eine Absichtserklärung des Gemeindevorstands von Bonaduz, dass man unter gewissen raumplanerischen Bedingungen, die vom Kanton zu erfüllen wären, und nach der Revision der Ortsplanung in Bonaduz ab 2024 weitere Sondierungsgespräche führen könne. Mit Schreiben vom März 2022 legte Regierungsrat Christian Rathgeb dar, dass die raumplanerischen Forderungen rechtlich unerfüllbar seien. Im Herbst dieses Jahres teilte der Gemeindevorstand von Bonaduz mit, dass daher keine Grundlage für weitere Gespräche gegeben sei und eine Fusion dauerhaft ausgeschlossen werde. Nun, ab dem 1.1.2024 gibt es einen neuen Gemeindepräsidenten und zwei neue Gemeindevorstandsmitglieder in Bona-duz. Ich hoffe, dass der neu zusammengesetzte Gemeindevorstand auf den erwähnten Entscheid zurückkommen wird. Als Gemeindepräsident von Rhäzüns kann ich

meine Enttäuschung nicht verbergen, dass im Gemein-destrukturbericht diese Situation in keiner Weise, nicht einmal in einer Randnotiz erwähnt wird. Vielleicht wäre, wie im Falle von Laax ein bisschen mehr Top-down seitens der Regierung doch eine gute Angelegenheit. Trotz diesem geäusserten Missfallen bin ich für Eintre-ten, werde mich aber bei der Schlussabstimmung bei Frage 1 zum Bottom-up-Ansatz bei den Gemeindefusio-nen demonstrativ enthalten.

Stocker: Gemeindefusionen haben ja schon in der Ver-gangenheit für viel Diskussionsstoff gesorgt. Und wenn ich mir diese Bildschirme anschau, dann wird es heute gleich verlaufen. Anlässlich der Februarsession 2011, ja ich war da noch nicht im Rat, wurde über die Zielsetzungen im Bereich Fusionen intensiv diskutiert, was ich den Protokollen entnommen habe. Es ging damals, wie es auch schon erwähnt wurde, um die mittel- bis langfristi-gen Zielsetzungen, wie viele Gemeinden der Kanton Graubünden noch haben soll. Man hat sich dann dazu geeinigt oder darüber abgestimmt, dass es eben zwischen 50 und 100 Gemeinden mittelfristig bis 2020 sein sollen, und langfristig möchte man unter 50 Gemeinden kom-men. Der Antrag von Grossratskollege Kappeler, Sie erinnern sich wahrscheinlich noch, die Gemeinden auf acht bis zehn Stück zu reduzieren, scheiterte damals ziemlich klar.

Das mittelfristige Ziel von 50 bis 100 Gemeinden konn-te, wie es erwähnt wurde, nicht erreicht werden. Und ich finde das auch überhaupt nicht schlimm, denn der Bot-tom-up-Ansatz, welcher in meinen Augen klar auf Frei-willigkeit beruht, der hat sich bewährt und nicht, wie Kollege Loepfe es genannt hat, dass dieser auch korrekturwürdig wäre. Fusionen sollen von unten wachsen und aus Überzeugung erfolgen. Und wenn eben eine Partne-rin nicht will, dann gilt es das zu respektieren. Und ich glaube, da sollte man auch nicht mit finanziellen Anrei-zen seitens des Kantons aktiv steuern. Ich halte das nicht für das richtige Instrument. Und auch eine ambitionierte oder eben vielleicht auch illusorische Zielsetzung von acht bis elf Gemeinden finde ich nicht unbedingt das, was wir hier weiterverfolgen sollen. Auch diese Zielset-zungen sollen nicht den Druck auf die Gemeinden erhö-hen, zu fusionieren.

Und wir haben es gehört, die Fusionsdynamik, die viel-leicht vor zehn Jahren noch viel grösser war, die hat sich entspannt. Das Fusionspotenzial scheint aber noch längst nicht ausgeschöpft zu sein. So steht es im Bericht. Aber der Fusionsdruck und der Wille sind nicht mehr gleich hoch wie damals. Und auch das finde ich überhaupt nicht problematisch. Ich sehe es nicht als drohenden Stillstand, wie es Kollegin Cahenzli genannt hat. Auch von Erlah-mung, wie Kollege Degiacomi gesprochen hat, solche Worte würde ich in diesem Zusammenhang nicht in den Mund nehmen. Vor diesem Hintergrund erachte ich es zwar als richtig, dass der Kanton hier finanzielle Beiträ-ge und auch fachliche Unterstützung leistet, wenn es um Fusionen geht. Doch er sollte sich seiner passiven Rolle bewusst sein und auf den Entscheidungsprozess mög-lichst keinen Einfluss nehmen, obwohl er dies könnte. Wenn Gemeinden eben nicht fusionieren möchten und

die Vorzüge und Fusionsgewinne nicht sehen, dann sollen sie auch nicht müssen.

Es ist also nicht mehr angezeigt, den langfristigen Zielwert von unter 50 Gemeinden weiterzuerfolgen. Lassen wir es für die Zukunft lieber offen, wie viele Gemeinden der Kanton in 10, 20 oder 50 Jahren hat.

Im Grossen und Ganzen liefert aber der Bericht eine ausführliche und spannende Grundlage und auch eine Einschätzung der aktuellen Situation und Herausforderungen, die sich den Gemeinden stellen. Ich glaube, die meisten Gemeinden können sich in irgendeiner Art und Weise damit identifizieren. Und mich als Gemeindevertreter von Trimmis, wir sind notabene eine der ersten fusionierten Gemeinden seit 2000, freut es, wenn ich sehe, wie gut es den meisten Bündner Gemeinden trotz bestehender Herausforderung und trotz oder wegen den Fusionen geht. Die Fusion Trimmis-Says liegt einige Jahre zurück. Sie wurde im 2008 vollzogen. Die einzigen Vorbehalte gegenüber diesem Zusammenschluss haben sich, soweit ich das natürlich beurteilen kann, gelegt. Würde man die Bevölkerung heute dazu befragen, was wir ja gemäss Bericht nicht gemacht haben, als einzige Gemeinde, so steht es im Bericht, glaube ich, käme das selbe Resultat erneut hervor. Der durchgeführte Fusions-Check zeigt, dass es eben in vielen Gemeinden so ist, dass es eine hohe Zufriedenheit gibt. Aber was ich mit diesen Daten nun anfangen soll, das erschliesst sich mir nicht ganz. Ich glaube, die Fachhochschule Graubünden hat hier sehr eine gute Arbeit geleistet und auch einen spannenden Auftrag erhalten. Aber der Nutzen bleibt für mich wirklich offen. Und sollte der Nutzen gewesen sein, dass damit weitere Fusionen legitimiert werden, dann glaube ich, haben wir damit übers Ziel hinausgeschossen. Anstelle weiterer Fusionen oder um weitere Fusionen zu fordern, sollten wir doch vermehrt die bestehenden Gemeinden stärken. Und das beginnt damit, dass wir ihnen Handlungsspielräume geben und lassen, damit sie gute und solide Finanzen aufbauen, halten, entwickeln können. Und damit verbunden sind eben auch weniger Regulierungen und Vorschriften. Und wir im Rat haben darauf einen entscheidenden Einfluss. Und ich hoffe, dass wir diesen zu Gunsten starker, autonomer Gemeinden nutzen können. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für Eintreten.

Standespräsident Caluori: An dieser Stelle schalten wir eine Pause bis 16.30 Uhr ein.

Pause

Standespräsident Caluori: Darf ich um etwas Ruhe bitten? Wir möchten weiterfahren. Bitte setzen Sie sich. Wir fahren mit der Debatte fort. Ich gebe Grossrat Kappeler das Wort.

Kappeler: Auch wir möchten uns zuerst recht herzlich bedanken für den ausführlichen und sehr ausgewogenen Bericht. Aus dem geht ja hervor, dass wir grosse Fortschritte gemacht haben in den letzten Jahren. Die Anzahl Gemeinden jetzt bei 101, und die interkommunale Zusammenarbeit auf 200 reduziert.

Die Regierung zählt in ihren Ausführungen eine Vielzahl von Herausforderungen für die Gemeinden auf, und sie erwähnt, steht so, dass gewisse Gemeinden überfordert sind. In ihrer Auslegung weist sie in der Botschaft auf die Schwächen des Bottom-up-Ansatzes hin. Allerdings sagt sie auch, dass ein Strategiewechsel politisch nicht möglich ist. Die Konsequenz aus dem Bottom-up-Ansatz respektive dem Verharren beim Status quo, ist, dass der Kanton vermehrt einspringen muss. Dies belegen auch diverse parlamentarische Vorstösse, welche Unterstützungen verschiedenster Art vom Kanton fordern. Auch heute hat ein Grossratskollege erwähnt und gedankt, dem Einsatz des Kantons im Zusammenhang mit Fusionsbestrebungen, aber auch bei anderen Aktivitäten. Und dies ist natürlich nicht konsequent.

Entsprechende Engagements des Kantons führen nämlich zur Strukturhaltung, und dies entspricht ja nicht der Stossrichtung des Kantons. Der Bericht sagt effektiv, es ist Handlungsbedarf zur Strukturveränderung wegen der vielen Herausforderungen vorhanden. Eigentlich müsste, abgesehen von der politischen Akzeptanz, die Schlussfolgerung sein, zum Top-down-Ansatz zu wechseln und die Anzahl Gemeinden rasch unter 50 zu reduzieren. Jedoch bei all den zu erwartenden Schwierigkeiten diesbezüglich scheint mir der Ansatz von Kollege Loeffle, sich bei der Frage 1 der Stimme zu enthalten, ja nicht ganz falsch respektive durchaus weist er einen gewissen Charme auf.

Bezüglich der Regionen zeichnet der Bericht ein positives Bild. Dies ist erstaunlich, haben doch vor allem Vertreterinnen und Vertreter des Churer Rheintals Hinweise für eine Optimierung angebracht. Der funktionale Raum im Churer Rheintal ist in die drei Regionen Imboden, Plessur und Landquart unterteilt. Auch diesbezüglich müsste die logische Konsequenz sein, die Einteilung des Kantons in elf Regionen nicht mittelfristig zu überprüfen, sondern unverzüglich zu optimieren. Und da bin ich dem Hinweis von Kollege Stocker dankbar. Er hat erwähnt, dass vor Urzeiten beinahe, habe ich erwähnt, ja, eigentlich wären so sieben bis neun Gemeinden im Kanton Graubünden ausreichend. Damals geprägt von der Idee, wir brauchen keine schwachen Regionen, sondern wir brauchen stattdessen eigentlich nur sieben bis neun starke Gemeinden. Und man sieht daraus, auch schon damals, waren wir ganz klar der Überzeugung, dass eben sieben oder neun Regionen ausreichen würden, und nicht die heutige Aufteilung auf elf.

Ganz kurz noch auf die Fragen, die erwähnt sind auf der Seite 301. Ja, die Frage zu der langfristigen Zielgrösse von unter 50 Gemeinden. Ich glaube, entweder braucht es halt doch irgendetwas von Top-down, oder sonst, wie Kollege Degiacomi erwähnt hat, gewisse Fördermittel oder eine Intensivierung. Sonst ist nicht absehbar, wie ein Ziel von unter 50 Gemeinden erreicht werden soll. Zur Frage 4 bezüglich der Regionen gehe ich davon aus, dass ähnlich wie bei der SP je nach Herkunft unsere Fraktionsmitglieder zustimmen respektive die Meinung vertreten, elf Regionen sind zu viel.

Zum Abschluss lassen Sie mich noch eine Bemerkung anbringen, beispielsweise zur Frage 2. Meines Erachtens ist die Frage nicht klar definiert. Sie fragen, soll an der langfristigen Zielgrösse von unter 50 Gemeinden festge-

halten werden? Wenn ich nun der Meinung bin, 50 ist okay, aber nicht langfristig, sondern mittelfristig, muss ich mit Nein antworten? Wenn ich der Meinung bin, langfristig okay, aber nicht 50, sondern 100, muss ich ebenfalls mit Nein antworten? Und dies ist natürlich eine völlig andere Ausgangslage und deshalb bitte ich schon, in Zukunft die Fragen entsprechend zu präzisieren.

Jochum: Ringrazio il Governo e gli autori del secondo rapporto riguardante i comuni. Questo rapporto è ben strutturato, dà un'immagine complessiva di quello che sono i nostri comuni, del loro sviluppo e delle sfide che si trovano da affrontare. Ovviamente si tratta di una fotografia, di una valutazione momentanea, dunque quanto previsto per il futuro potrebbe svilupparsi anche diversamente. La votazione del Cantone Appenzello del 26 novembre ha mostrato che un approccio bottom-up è sicuramente da favorire rispetto a un approccio top-down. Anche in Ticino si predilige partire dal basso, dalla necessità dei singoli comuni piuttosto che da un'imposizione dall'alto. La notizia sempre della settimana scorsa che i cittadini di 9 comuni ticinesi hanno approvato tre progetti aggregativi. Sia il Governo che il Parlamento puntano ad avere comuni forti, il più possibile indipendenti e che aiutino a mantenere un insediamento decentralizzato del nostro Cantone. In questo contesto dobbiamo definire delle condizioni quadro, come è già stato richiesto anche da altri granconsiglieri, che permettano ai comuni di rafforzarsi e far fronte ai compiti a loro attribuiti. I comuni delle zone periferiche sono chiamati a far fronte a problemi diversi, forse ancora più difficili da risolvere da quelli dei comuni che si trovano in crescita. Mi riferisco in particolare ai comuni delle Regioni Albula, Bernina, Engiadina Bassa/Val Müstair e Maloja. Si tratta di quei comuni che in base al grafico a pagina 244 del rapporto si trovano in decrescita, forse sarebbe meglio dire «si troverebbero in decrescita». In questo caso non ci troviamo di fronte a un dato di fatto, ma a una previsione, una proiezione dello sviluppo demografico per il periodo 2022-2050. Purtroppo molte decisioni basano su queste ipotesi di sviluppo, specialmente nel contesto pianificatorio la valutazione dello sviluppo demografico non viene più considerata una valutazione, ma le si dà già un valore diverso, un valore vincolante per la determinazione delle zone edificabili. Questo è già anche stato evidenziato dalla collega Sarazt Cazin nel suo intervento. Tale approccio è oltremodo preoccupante e pericoloso e va corretto. Nello stesso rapporto, non da ultimo grazie alle esperienze vissute durante la pandemia di COVID, si parla di flessibilizzazione dei modelli di lavoro e di abitazione, si parla di cultura, di paesaggio naturale intatto, di lingua eccetera che a detta degli autori del rapporto sono fattori che possono portare delle correzioni dello sviluppo demografico negativo. Quale Podestà di Poschiavo, comune della Regione Bernina per la quale si prognostica uno sviluppo demografico negativo, non posso che condividere l'affermazione che una valutazione isolata dello sviluppo della popolazione non basta a definire come si svilupperà un comune, a definire se in futuro un comune sarà più forte o meno. Proprio per questo motivo sia noi granconsiglieri sia il Governo non possiamo lasciarci guidare e

influenzare da previsioni che con il dovuto beneficio del dubbio non si avvereranno. Pertanto non facciamo in modo che la profezia diventi realtà ma impegniamoci per trovare alternative affinché ciò avvenga. Sono per l'entrata in materia.

Rutishauser: Vielen Dank dem Verantwortlichen für die erneute Verfassung eines Berichtes zur Situation unserer Gemeinden. Grundsätzlich haben die Fusionen zu mehr Professionalität geführt und in der Regel ist es einfacher geworden, die Ämter zu besetzen. Gleichzeitig trägt der Kanton mit diversen Fachstellen dazu bei, dass sich die Gemeinden in allen Aspekten auf eine kompetente Beratung verlassen können. Letztendlich obliegt es den Gemeinden, nach wie vor engagierte und fähige Personen für die jeweiligen Funktionen zu bestimmen. Damit die Gemeinden ihren Aufgaben vollständig entsprechen können, ist dies von zentraler Bedeutung.

Eine Herausforderung besteht darin, die Bevölkerung möglichst umfassend in Entscheidungen einzubeziehen. Hier erkenne ich ein Risiko für Demokratiedefizite, besonders, wenn die Entscheidung überwiegend an der Gemeindeversammlung gefällt wird, wie es gemäss Seite 238 noch oft der Fall ist. Da, sicher auch bedingt durch die Fusionen, nur noch ein kleiner Teil der Stimmberechtigten an den Gemeindeversammlungen teilnimmt, ist die demokratische Legitimation von Entscheidungen zumindest eingeschränkt. Die Gründe, nicht an einer Gemeindeversammlung teilzunehmen, sind vielfältig. Der Weg, Alter und Krankheit, familiäre oder berufliche Verpflichtungen, die Dauer der Versammlungen, ein im Gegensatz zu unserem Rat möglicherweise unfreundlicher Umgangston und weitere. Diese Hürden sollten weitgehend abgebaut werden, beispielsweise durch Informationsveranstaltungen zu Meinungsbildung und zur Diskussion ohne Entscheidungen. Abstimmungen könnten im Anschluss an der Urne durchgeführt werden. So kann zu einer vermehrten Teilhabe der Bevölkerung mit demokratischen und dadurch tragfähigeren Entscheidungen gelangt werden.

Ulber: Wir diskutieren hier über die zweite Ausgabe der Gemeindestrukturen. Es wird genau und detailliert beschrieben, was in den letzten Jahren für Fortschritte in den fusionierten Gemeinden erlangt wurden. Die Statistiken reichen von Herausforderungen der Bündner Gemeinden über die Förderräume, Klimawandel, Digitalisierung bis hin zu Tabellen von Nettoschulden und Vermögen. Die Botschaft ist sehr ausführlich für die meisten Gemeinden. Aber eben nur für die meisten. Der grösste Teil der Ausführungen handelt nur von den fusionierten Gemeinden. Hier frage ich mich daher, ist die vorliegende Ausgabe des Gemeindestrukturberichts ein Bericht über die Gemeinden von Graubünden oder nur über die, die in den letzten Jahren zusammengeschlossen wurden? Wenn das der Fall ist, müsste noch ein Bericht der nicht-fusionierten Gemeinden erstellt werden. Oder eventuell sollte der Titel der nächsten Ausgabe wie folgt abgeändert werden: Der dritte Gemeindestrukturbericht der fusionierten Gemeinden mit Ergänzung einzelner Gemeinden. Es wäre wünschenswert, wenn im nächsten Bericht ein bisschen mehr Feingefühl gegenüber allen

Gemeinden im Kanton entgegengebracht würde. Danke und ich bin für Eintreten.

Cramer: Ich habe mit viel Interesse, wie viele von Ihnen auch, den zweiten Gemeindestrukturbericht gelesen und danke der Regierung und dem zuständigen Amt für dessen Verfassung. Wir sprechen heute über die unterste Ebene in unserem föderalen System, in unserem föderalen Staatssystem, die Gemeinden. Umfragen zeigen, dass sich die Bevölkerung mit dieser Staatsebene am meisten identifiziert und verbunden fühlt, vermutlich, weil die direkt-demokratische Mitwirkung hier am grössten ist. Weniger Zustimmung erhalten die Kantone und am wenigsten der Bund. Das Mitspracherecht in den Gemeinden ist damit am grössten. Aber leider stellen wir fest, dass wir in den Gemeinden immer mehr fremdbestimmt sind, vor allem durch den Bund, aber zum Teil auch immer mehr durch den Kanton. Besonders offensichtlich ist dies im Raumplanungsrecht, wie Kollege Jochum und auch Kollegin Saratz ausgeführt haben. Aber auch im Umweltschutzrecht, im Energiebereich oder im Schulbereich, ich komme noch darauf zurück.

Aus Sicht einer fusionierten Gemeinde drängen sich dazu einige Bemerkungen auf. Gemeindefusionen sind keine Liebesheiraten, sie sind aber auch keine Zwangsheiraten, sondern sie müssen wohl eher als Zweckehe bezeichnet werden. Vielfach entstehen Gemeindefusionen aus einem praktischen Bedürfnis heraus. Wie der Gemeindestrukturbericht zu Recht festhält, wird es gerade in kleineren Gemeinden immer schwieriger, die politischen Ämter zu besetzen. Es kommen sodann schwache Strukturen hinzu, zum Teil auch mangelnde Finanzen und man ist mit den Aufgaben, die sich in der Gemeindeverwaltung stellen, zum Teil auch überfordert. Auch eine gewisse Resignation ist spürbar, wenn man von aussen immer mehr bestimmt wird, indem die eigentlichen Kernaufgaben in demokratisch wenig legitimierte Gemeindezweckverbände ausgelagert werden. Ich habe das selbst erlebt bei uns in der noch nicht fusionierten Gemeinde Surava, bevor wir zur Gemeinde Albula/Alvra fusioniert haben. Hier drängt sich vielfach eine Gemeindefusion auf. Aber fusionierte Gemeinden sind weder perfekte Gebilde noch des Teufels. Sie sind eben eine Zweckgemeinschaft und als solche müssen sie funktionieren.

Auch nach den Gemeindefusionen bleiben die Aufgaben und Herausforderungen gross. So sind wir in der Gemeinde Albula/Alvra neben dem allseits bekannten Briener-Rutsch besonders mit der Raumplanung beschäftigt. Eine Herausforderung, die uns in den nächsten Jahren in diesem Kanton und in den Gemeinden noch stark beschäftigen wird. Aber auch die Schule ist natürlich immer wieder ein Thema, wie auch im Gemeindestrukturbericht angetönt wird, sowie der Wohnraum für einheimische Familien. Immer mehr können wir feststellen, dass fusionierte Gemeinden in der Regel professioneller funktionieren als die ehemaligen Gemeinden. Man hat mehr Distanz, aber man hat auch mehr Augen, die einem kontrollieren.

Leider, und darauf geht der Gemeindestrukturbericht aus meiner Sicht zu wenig ein, nimmt das politische Interesse am Geschehen in den fusionierten Gemeinden aus

meiner Erfahrung deutlich ab. Weniger Besucherinnen und Besucher an den Gemeindeversammlungen, weniger Freiwillige, die auch einmal einen Brunnen putzen, dafür mehr Kritik, meist hinter vorgehaltener Hand. Es wird eine grosse Aufgabe sein, wie wir in Zukunft die Mitwirkung der Bevölkerung in fusionierten Gemeinden wieder steigern und attraktiver machen können. Dazu wird sich auch der nächste Gemeindestrukturbericht hoffentlich äussern. Persönlich bin ich der Überzeugung, dass dies nur erfolgen kann, wenn die Gemeinden wieder mit echter Autonomie ausgestattet werden und hier steht auch der Kanton in der Verantwortung, wenn wir über die Aufgabenzuteilung in unserem Staatswesen diskutieren. Wenn Gemeinden nämlich selber entscheiden und selber gestalten können, ist es auch attraktiv in einer Gemeinde, in welcher Form auch immer, mitzuwirken.

Nun, eine Gemeindefusion muss auch in den Köpfen der Menschen ankommen, in der Verwaltung, aber auch bei der Bevölkerung. Es müssen nach einer Fusion verschiedene Kulturen zusammenfinden. Wir haben das auch bei uns in der Gemeinde Albula/Alvra als zweisprachige Gemeinde erlebt, die aus Gemeinden entstanden ist, die einsprachig deutschsprachig waren oder romanischsprachig. Nur so kann eine Fusion langfristig auch von der Bevölkerung getragen werden und hier wünschte ich mir auch vom Kanton, auch vom Amt, etwas mehr Unterstützung auch nach der getätigten Gemeindefusion.

Es ist deshalb ausdrücklich zu begrüssen, dass die Regierung und auch die vorberatende Kommission am Bottom-up-Prinzip festhalten will. Nach Art. 181a StGB ist nämlich die Zwangsheirat in der Schweiz verboten. Und wir tun gut daran, an diesem Grundsatz auch in Graubünden festzuhalten. Eine Zwangsfusion muss Ultima Ratio bleiben. Sie darf nur angewendet werden, wenn das ordnungsgemässe Funktionieren einer Gemeinde nicht mehr und auch nicht auf andere Weise gewährleistet werden kann. Vor einer Zwangsfusion sind demnach alle anderen Massnahmen zu ergreifen, um dies zu vermeiden. Aus meiner Sicht ist es richtig, wenn die Regierung die Förderräume für Gemeindefusionen festlegt und diese bei Bedarf anpasst. Anpassungen sind aber nur restriktiv anzuwenden und das Verschlechterungsverbot ist zwingend einzuhalten und die betroffenen umliegenden Gemeinden sind aus meiner Sicht vorgängig anzuhören. Es würde wohl in einem politischen Hickhack enden, wenn der Grosse Rat dafür zuständig wäre. Deshalb ist die Kompetenz bei der Regierung an der richtigen Stelle angeordnet.

Worüber wir uns in Zukunft Gedanken machen müssen, sind die Regionen, es wurde von verschiedenen Votanten angetönt. Sie sind aus meiner Sicht demokratisch wenig verankert und für viele in der Bevölkerung auch z. T. eine Blackbox. Die Informationen fliessen spärlich, je nach Regionen und Köpfen aber auch sehr unterschiedlich. Hier würde die Regierung und das Amt für Gemeinden gut daran tun, die Regionen um regelmässige Informationen anzuhalten, was wir auch schon beim letzten Gemeindestrukturbericht gefordert haben. Und wenn wir über die Anzahl Regionen im Grossen Rat diskutieren, so hoffe ich und erwarte ich auch von der Regierung, dass man die betroffenen Regionen vorgängig anhört.

Schliesslich noch ein paar Gedanken zur Zielgrösse, ob langfristig unter 50 Gemeinden im Kanton angestrebt werden sollen oder nicht. Ich setze hinter diese Zielgrösse persönlich ein doppeltes Fragezeichen. Einerseits habe ich ausgeführt, dass die Gemeindefusionen in der Regel aus einer politischen Notwendigkeit heraus entstehen. Viele solcher Fusionen haben stattgefunden. Wo die Regierung noch Potenzial verordnet, lässt sie weitgehend offen. Ich frage deshalb die Regierung an, ob sie dazu eine schwarze Liste führt. Will man ernsthaft an diesem Ziel nämlich festhalten, muss sich die Regierung Gedanken zur Anpassung der Förderungspraxis machen. Wobei die bisherigen Fusionen in die Überlegungen miteinzubeziehen sind. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob die Anpassung der Förderpraxis nicht sogar zu einem Fusionsstau führen kann, indem Gemeinden, die eine Fusion erwägen, auf eine solche verzichten könnten, wenn sie auf eine spätere, noch günstigere Rechtslage spekulieren würden. Persönlich bin ich skeptisch, ob mit den bisherigen Förderungsinstrumenten am langfristigen Ziel festgehalten werden soll. Es bleibt auf jeden Fall spannend. Die Dynamik hat zwar etwas abgenommen, aber wir werden das auch in Zukunft mit Interesse verfolgen und die Mitte-Fraktion ist klar für Eintreten auf den zweiten Gemeindestrukturbericht.

Epp: Der zweite Gemeindestrukturbericht ist mehrheitlich positiv ausgefallen, was auf jeden Fall zu begrüssen und für den Kanton Graubünden von grosser Wichtigkeit ist. Ich möchte hier und heute aber nicht auf die positiven Ergebnisse oder auf die momentan grundsätzlich gute finanzielle Situation der Gemeinden eingehen, vielmehr auf die grossen künftigen Herausforderungen aufmerksam machen und diese kurz und bündig auf den Punkt bringen. Denn die künftigen Herausforderungen, insbesondere in den Gemeinden in den peripheren Regionen, Grossrat Jochum hat sie aufgezählt, dazu zähle ich auch die Surselva, werden sicherlich nicht kleiner, im Gegenteil. Ich glaube, dass wir vor einer der wichtigsten Phasen überhaupt stehen.

In den nächsten Jahren oder Jahrzehnten nämlich werden wir in eine demografische Entwicklung eintreten, wie wir sie so zuvor vielleicht oder wahrscheinlich noch nie, mindestens in den Regionen, gesehen haben. Der Geburtensaldo ist bereits heute negativ und in absehbarer Zeit wird sich dieser vermutlich nicht zum Positiven entwickeln. Demgegenüber steht eine Überalterung der Bevölkerung im Kanton. Gerade in den Tälern wird diese Situation mit der Abwanderung noch verschärft. Hinzu kommt, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren die Baby-boomer-Generation in Pension geht. Der bereits bestehende Fachkräftemangel wird in den nächsten Jahren somit noch viel akuter werden. Wenn wir in Zukunft die heutigen Personen im erwerbsfähigen Alter nicht ersetzen können, fehlen uns nicht nur Arbeitskräfte, und das in allen Bereichen, sondern auch Steuereinnahmen. Die durch die Überalterung der Bevölkerung höchstwahrscheinlich noch höher steigenden Gesundheitskosten und andere kostenintensive Bereiche, müssten mit weniger Steuerzahlenden kompensiert werden, was schlicht und einfach nicht möglich sein wird. Die finanziellen Herausforderungen werden künftig sicherlich nicht abneh-

men. Wenn ich hier von diesen Abwanderungs- und Überalterungstendenzen und den entsprechenden Herausforderungen spreche, denke ich in erster Linie an die Regionen, die peripheren Täler in unserem Kanton.

Wie wenn dies noch nicht genug wäre, wird die Bewältigung der kommunalen Aufgaben immer anspruchsvoller. Gerade in der Thematik der Digitalisierung im Verkehr, die Herausforderung im Bereich der Bildung und Gesundheit, insbesondere auch im Bauwesen und in der Raumplanung. Die Aufgaben werden generell immer komplexer. Weitere Aufgaben sind bereits heute nur noch mittels interkommunaler Kooperationen möglich. Ich denke hier an die Schulangebote, den Tourismus, Forst- und Werkbetriebe, Alters- und Pflegeangebote oder die Feuerwehr. Die Gemeindeautonomie ist auf jeden Fall hochzuhalten. Aber, meine Damen und Herren, wie viel Autonomie ist überhaupt noch vorhanden, wenn bereits viele Aufgaben nicht mehr selbstständig erfüllt werden können? Gerade bei den Gemeinden, welche bereits heute von einer intensiven, und ich spreche von intensiver interkommunaler Zusammenarbeit, abhängig sind, kann man sich wirklich fragen, ob in diesen Fällen nicht bereits von einer gewissen Scheinautonomie die Rede ist. In jedem Fall aber darf es in Zukunft nicht sein, dass Gemeinden verschiedene komplizierte Aufgaben selber nicht bewältigen können, man sich irgendwie unter dem Strich aber dennoch durchkämpft, selbstständig weitgreifende finanzielle Entscheidungen trifft und parallel noch den Ausbau beziehungsweise die Modernisierung der Grundinfrastruktur vernachlässigt. Vielleicht auch einfach deswegen, weil personelle Ressourcen fehlen, und erst dann fusionieren zu wollen, wenn man dann wirklich kein Personal oder keine Behörden mehr findet, die Gemeinde unterdessen finanziell und infrastrukturmassig nicht mehr auf dem Laufenden ist, die allfällige neue Gemeinde diese Lasten dann übernehmen muss. Das, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, das geht nicht. Darum und obwohl ich den Bottom-up-Ansatz unterstütze, müsste die Regierung diesbezüglich mutiger werden. Die Regierung könnte z. B. Gemeindeaufgaben ausweiten, welche eine Gemeinde künftig selbstständig bewältigen müsste beziehungsweise für eine künftige Gemeindeautonomie zwingend notwendig sind. Künftig müssten auch die finanziellen, zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinden, welche höchstwahrscheinlich immer begrenzter werden, optimal und zielgerichtet, mindestens im Förderraum eingesetzt werden. Auch mögliche neue Anreiz- und Fördersysteme zu schaffen, wäre eine weitere Möglichkeit. Die Regierung soll hier in Zukunft auf jeden Fall aktiver und entschiedener, wo nötig, eingreifen. Der Kanton Graubünden braucht am Ende des Tages nämlich starke und autonome Gemeinden. Autonom ist man aber nur soweit wie man die auszuführenden Aufgaben, seine Pflichten selbstständig erfüllen und erledigen kann.

Die Erwartungen der Bevölkerung steigen stetig. Schnell, kompetent und einfach ist der generelle Grundtenor. Verständlich, ich persönlich verlange ja genau das Gleiche. Die Gemeinden müssen sich deshalb für die Zukunft rüsten und aufstellen. Gerade in der Peripherie. Die Gemeinden müssen in Zukunft gemeinsam strategisch intelligente Lösungen finden und gemeinsam wir-

kungsvolle Massnahmen entwerfen. Der Druck wird sicherlich grösser. Heute vielleicht noch nicht, aber in naher Zukunft. Die Gemeinden müssten aus der Stärke heraus Verhandlungen vornehmen. Nicht erst, wenn sie geschwächt sind. Die Regierung kann und soll hierbei eine aktivere Rolle einnehmen als bisher, denn wir brauchen in Zukunft weiterhin starke Gemeinden, denn starke Gemeinden bedeuten einen starken Kanton. Las autoritads ch'ein oz en uffeci portan la responsablada pil svilup da damaun. Seigien nus cunscients che nus duminein mo cuminablamein las sfidas dil futur.

Censi: Questo secondo rapporto sulla struttura dei comuni ci permette da un lato di riflettere sulla situazione passata e attuale dei comuni grigionesi, dall'altro conto di dare uno sguardo al futuro della cellula di base della struttura statale del nostro Paese. Negli anni 2000 il nostro Cantone contava ancora 212 comuni, oltre vent'anni dopo ci troviamo con 101 comuni. Credo quindi che il binomio «Cantone forte comuni forti» sia stato raggiunto, sia stato raggiunto non in maniera omogenea, però in tutte le regioni del Cantone. La strategia cantonale bottom-up è stata vincente. Ricordo ancora una conversazione con la già Consigliera di Stato Barbara Janom Steiner del 2015, erano presenti anche Thomas Kolleger e Simon Theus che saluto sulle tribune, dove si diceva che il progetto aggregativo non deve essere una forzatura, deve partire dal basso ed essere condiviso innanzitutto dai comuni. Eravamo consapevoli che questa prima fusione dei comuni in Mesolcina non potesse rappresentare l'obiettivo finale ma un primo, importante tassello per il futuro della regione. Come vedete a pagina 271 abbiamo le undici regioni e si vede che la distribuzione dei comuni non è omogenea, quindi in Mesolcina e Calanca di passi da fare ce ne sono ancora parecchi. Sono convinto che a breve-medio termine il tema delle aggregazioni in Mesolcina e Calanca debba tornare di attualità. Bisognerà tornare a discutere su come unire le forze affinché si possa creare a sud del San Bernardino una strategia aggregativa con comuni più grandi, strutturati e più forti, quali polo residenziale e con una forza economica a confine con il vicino bellinzonese. Grono nel 2017 ha mosso i primi passi in questa direzione portando a termine la prima fusione dei comuni in Mesolcina. I risultati, posso dire anche in maniera orgogliosa, sono buoni, anzi direi ottimi e di buon auspicio per nuovi progetti futuri. Mi riallaccio ora a un intervento del collega Degiacomi che ho trovato interessante, ma volevo commentare, parlava del sussidio di promozione. Io credo che lo scopo di 10-15 anni fa quando si è partiti con questa prospettiva «Cantone forte comuni forti» era soprattutto quello di ridurre i comuni più piccoli, quindi soprattutto quei comuni dove mancavano le risorse sia umane che finanziarie, quindi trovo normale che il sussidio pro capite sia stato superiore nei comuni piccoli rispetto a quelli più grandi. Vorrei toccare adesso un altro tema, quello legato alla demografia, un tema sicuramente interessante e trattato in questo rapporto e legato al grafico a pagina 244, con l'evoluzione della popolazione nelle undici regioni. Come già presentato dal mio compagno di banco nonché collega e sindaco Giovanni Jochum, la situazione è particolarmente eterogenea, con

delle regioni maggiormente toccate da una diminuzione demografica. Nella regione che rappresento è indicata un'evoluzione positiva della popolazione, ma nettamente sottostimata per rapporto alla realtà. Vi faccio un esempio concreto supportato da uno studio accademico elaborato dalla SUPSI, denominato, uno studio del 2022 quindi molto recente, denominato «Scenari di sviluppo economico e demografico e impatto sul processo di pianificazione del Comune di Grono». Lo scenario attualmente considerato dal Cantone si basa sulla ripartizione attuata a livello locale da Wüest und Partner a partire dagli scenari federali di sviluppo demografico dei Cantoni dal 2020 al 2050 e attribuisce in questo caso a Grono una crescita della popolazione relativamente ridotta, stimata in 1512 abitanti nel 2040. Oggi siamo già a 1530 abitanti, per farvi un'idea. Lo scenario definito dal pianificatore cantonale, pur basandosi sullo scenario più favorevole di quelli predisposti dalla Confederazione, non tiene conto di molte caratteristiche peculiari del contesto economico-sociale in cui si sviluppa la sua dinamica demografica e pianificatoria, tra cui lo sviluppo demografico degli ultimi due decenni, l'attrattività del territorio e le abitudini che lo caratterizzano. Partendo da un'attenta analisi di saldi naturali, flussi migratori, trend abitativi e migratori nonché la crescita storica della popolazione, sono stati formulati cinque scenari demografici alternativi che conducono a una stima di una popolazione residente compresa tra 1630 e 1890 abitanti nel 2040. E questo discorso penso posso estenderlo a diversi comuni della Bassa e Media Mesolcina. Quindi prendiamo con prudenza questi dati che possono portare a scenari diversi in ambito pianificatorio. Vi ringrazio per l'attenzione e sono a favore dell'entrata in materia.

Luzio: Zu Top-down oder Bottom-up möchte ich keine grossen Ausführungen machen. Das wurde schon zur Genüge getan. Aber als Fusionsveteran kann ich Ihnen sagen, dass Top-down aus meiner Erfahrung nicht die zielführende Strategie sein kann. Denn wie überall gilt, meist ist Einsicht der erste Schritt zur Besserung und nicht der gut gemeinte Rat der Nachbarn.

Nun zu einem anderen Thema. Verschiedene Ratsmitglieder haben das Thema schon erwähnt, zumindest auf Italienisch. Und dafür erzähle ich Ihnen jetzt eine kurze Geschichte von einer Katze. Nicht von einer Katze und einem Staubsaugerroboter, sondern von einer Katze, die sich selber in den Schwanz beisst. Seite 244, Abbildung 33, Bevölkerungsentwicklung bis 2050 in den Regionen. Diese Grafik zeigt einen Bevölkerungsschwund in den Regionen Prättigau/Davos, dem gesamten Engadin, in der gesamten Surselva und in der Region Albula. Die Trends, die aus dieser Abbildung suggeriert werden, sind die Basis für die grobe Zukunftsplanung im Kanton Graubünden, auch für die künftige Raumplanung. Und dieser prognostizierte Bevölkerungsschwund in den eben genannten Regionen, das ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, wie sie im Bilderbuch steht. Oder anders gesagt, diese Prognosen nehmen uns in den vorher genannten Regionen die Perspektiven. Denn wir bräuchten jetzt mehr Wohnraum, um zuziehende Personen aufzunehmen. Aber wir brauchen Zuzug, um mehr Wohnraum bauen zu dürfen. In der Region Albula kämpfen wir seit

Jahrzenten gegen die schleichende Abwanderung. Mit ganz viel Herzblut, breit angelegten Innovationen, Kreativität und einem Digitalisierungsschub während der Corona-Pandemie ist es uns gelungen, diesen Trend anzuhalten. Die Leute wollen wieder vermehrt im Albulatal und im Surses leben, junge Menschen, Familien, die Zukunft unserer Regionen, aber mit Betonung auf «wollen». Denn sie finden keinen Wohnraum.

Übertreibe ich mit meinen Darstellungen? Ich denke nicht. Die Not ist so gross, dass das Instrument einer Gemeindeinitiative gerade ausgegraben wird. Wenn ein Gemeindepräsident von sich aus auf alle Gemeinden in Graubünden zugeht, die ähnliche Probleme haben und so versucht, die Kräfte zu bündeln, um auf dieses Anliegen aufmerksam zu machen, ja dann haben wir aber wirklich ein Problem und bilden uns dieses nicht nur ein. Ich bitte die Regierung und den Grossen Rat, die Problematik und den Zusammenhang zwischen Regionenentwicklung und Raumplanung immer vor Augen zu haben. Ich bin für Eintreten.

Cortesi: Von mir ist bekannt, dass ich ein grosser Freund des Föderalismus bin, aber kein grosser Freund von Gemeindefusionen. Schon gar nicht, wenn der Kanton, also Top-down, sich diesbezüglich Ziele gesetzt hat. Das ist mir grundsätzlich suspekt. Aber dazu äussere ich mich nicht weiter, sondern ich habe eine Bemerkung zu einer Grafik im Bericht. Und zwar unter dem Kapitel 4, Finanzielles, Steuerfuss, auf Seite 227. Es geht um ein Beispiel der Beschönigung und deshalb bringe ich meine Anmerkung jetzt an und nicht nachher bei der Detailberatung. Schauen Sie sich die Abbildung 6 an, die sieht so aus, mit der Beschriftung Steuerfüsse vor und nach der Fusion. Obwohl der grafische Balken für die Gemeinde Chur in der Grafik mit einem Stern versehen ist, wird die Grafik zünftig beschönigt. Wenigstens aus Sicht eines Altkuriers. Warum? Die dunkelblauen Balken zeigen den Durchschnitt, das ungewichtete Mittel der Gemeindesteuerfüsse und nicht das Mittel der eingenommenen Steuergelder. Die Steuerprozentsätze der drei früheren Gemeinden Chur, Haldenstein und Maladers wurden also einfach zusammengezählt und durch drei geteilt. Ungeachtet dessen, dass das Steuersubstrat von Chur um das zigfache grösser ist als dasjenige von Maladers und Haldenstein. Infolge dieser Vorgehensweise zeigt die Graphik somit für die Zeit vor der Fusion einen Steuerfuss von gut 100 Prozent und suggeriert nun infolge der Fusion eine schier unglaubliche Steuersenkung auf 88 Prozent für das neue Chur. Aber eben nur zeigt, denn der Steuerfussatz von Chur lag sowohl vor als auch nach der Fusion bei genau 88 Prozent der Kantonssteuer. Für die Churer wird, was die echte steuerliche Belastung, also nicht die Prozentzahl, angeht, vermutlich das Gegenteil eintreffen. Die fusionierte Gemeinde Chur hat also nicht eine Steuersenkung erlebt, sondern wird mehr finanzielle Belastung haben.

Nun, Chur hat die zwei Bräute geheiratet und das ist was das Steuersubstrat der neuen Gemeinde Chur betrifft ein Vorteil. Aber eben nur für die beiden kleineren Gemeinden. Ich mag den Haldensteinern ihr neues Schulhaus gönnen. Es war auch nötig. Aber ohne die Steuergelder der Altkuriers wäre dies vermutlich in diesem Umfang

nicht möglich gewesen. Auch dem Schloss Haldenstein geht es dank der Fusion mit Chur vermutlich in Zukunft besser. Maladers wird ähnlich gewinnen. Aber die Entscheide wurden von diesen drei Gemeinden, also auch von Chur, an den Urnen so beschlossen und sind selbstverständlich sakrosankt und absolut nicht in Frage zu stellen. Nun, was bei Fusionen die einen gewinnen, müssen häufig eben leider wohl andere verlieren. Und als Churer hoffe ich, dass wir nicht auch noch bald die finanzielle Last der Gemeinde Tschierschen-Praden zu tragen haben.

Zurück zur erwähnten Grafik auf Seite 227. Die erwähnte Abbildung ist nicht falsch, aber dass nun die erwähnte Statistik so aussieht, als ob die Fusion zumindest für den Raum Chur aus Sicht der steuerlichen Belastung allen geholfen habe, ist trotzdem nicht wahr. Chur bezahlt das, was Maladers und Haldenstein nicht zahlen können. Möglicherweise trifft Ähnliches auch für andere Gemeinden zu. Das habe ich aber nicht überprüft.

Ich komme zum Schluss. Statistiken sind schriftliche Zusammenstellungen von Ergebnissen, von Untersuchungen, welche meist in Form von Tabellen oder Grafiken dargestellt werden. Und bei dieser, wie erwähnt beschönigten Graphik, trifft das geflügelte Wort des legendären britischen Kriegspremiers Sir Winston Churchill ausgezeichnet. Er sagte: «Ich glaube keiner Statistik, die ich nicht selber gefälscht habe.»

Collenberg: Era jeu hai legiu il rapport davart las estructuras da vischnauncas cun grond interess. Il rapport cuntegn denter auter differentas graficas davart il svilup ch'ei fetg intressantas. Il rapport cuntegn era ina surveviva e buna resumaziun davart il svilup e la historia dallas vischnauncas el cantun Grischun. Quella historia hai jeu legiu cun fetg grond interess. Il descret, ils diagrams e las graficas dattan pia in bien maletg dil vargau. Ei semuossa ch'igl ei semidau fetg bia el decuors dils davos 100 onns. Il rapport vegn en general tier la conclusiun ch'ei va per gronda part bein cun nossas vischnauncas. Quei ei legreivel e fa speranza per igl avegnir. Il rapport muossa a moda exemplarica ch'ei ha adina puspei dau midadas. Quei ei in mussament ch'ei vegn era egl avegnir puspei a dar midadas. Ord mia vesta maunca ina vesta fetg impurtonta, e zuar la vesta egl avegnir. Per haver in bien maletg davart la situaziun dallas vischnauncas eis ei indispensabel d'era analizar tut las rescas e tut las schanzas digl avegnir. Sch'ins mira sin las sfidas menziunadas sut il capetel corrispondent, sche san ins constatar ch'ei spetga fetg grondas provocaziuns sin nossas vischnauncas. Quellas sfidas che spetgan san mo vegnir surmuntadas cuagl engaschi cumplein da buna glied dallas vischnauncas. La damonda centrala vegn ad esser, con ditg ch'ei reussescha d'anflar tala glied motivada. Jeu mirel pli bugen egl avegnir che sil vargau, perquei havess jeu plascher – en vesta al proxim rapport da estructuras – sch'ins s'occupass in tec pli en detagl cuagl avegnir. Cun questa fatschenta vegn il Cussegl grond denter auter dumandaus, schebein la finamira a lunga vesta – da contonscher in diember da vischnauncas sut 50 – duei vegnir mantegnida. Ina tala finamira ei sportiva ed ord mia vesta buca da contonscher cun ils instruments ed ils mieds finanzials praticai tochen oz. Perquei

stoi vegnir fatg ponderaziuns, forsa a vesta dil proxim rapport, schebein ins vul adattar ils instruments ni ils mieds. Contribuziuns da fusiun ein segirafranc beinvegnidas per las vischnauncas che retscheivan tals daners. Quels ein denton zacu impundi. Forsa stuess vegnir fatg ponderaziuns d'introducir contribuziuns annualas suenter la fusiun. En mintga cass eis ei indicau d'analisar en detagl, tgei mesiras ch'ei necessarias per contonscher questa finamira da sut 50 vischnauncas. Tschelluisa sto tala finamira vegnir messa en damonda tier il proxim rapport da structuradas. Sco davos less jeu engraziar a tuttas personas involucradas tier quest rapport, per la lavur prestada. In special engraziament agl Uffeci da vischnauncas pil grond engaschi en favur da nossas vischnauncas grischunas. Jeu tratgel che quei rapport ei ina buna basa da discussiun.

Berther: Igl ei stau fetg interessant dad udir ils meinis da dretg e saniester pertuccond novas structuradas. Sche nus mirein, avein nus survegniu ina buna documentaziun che muossa, tgei ch'ei curriu e passau e tgei che savess era ir el futur. Sche jeu teidlel aber ils meinis dad ina gronda part. Sche jeu vess da far enzatgei cun quei, ei fuss grev da capir. Perquei che negin ei propi s'exprimius clar – priu ora forsa deputau Degiacomi – tgei ch'ins stuess far, sche nus lein contonscher quellas 50 vischnauncas. Quei ei in tec sco ella fisica, sch'ins vul che la maschina va pli spert, ston ins dar pli bia gas. Quei vul dir: Ei drova dapli carburont. Quei vul dir tiel Cussegl grond: Sche nus lein ch'ei vegn fatg vinavon fusiuns – che nus lein quellas finamiras sut 50 – lu eisi da schlucclar las reglas e da schlucclar ils contos. Nus vein udiu oz ed ier, che nus vein gie daners detgavunda, daners en abundonza. Ed ussa manegel jeu, ch'ins vess era las pusseivladads da prender e forsa gidar. Sche nus lein quella finamira, lu stuein nus far quei. Nus vein aber era udiu da quels che dian: I drova buc, nus stuein buc muentar. E quei che jeu sun era dil meini: In sforz da fusiunar astga mai vegnir. Ei sto esser aschia che las vischnauncas vulan decider en atgna cumpetenza. Naturalmein che biaras vegnan a decider pér quei di ch'ei han in problem finanzia, ni quei di ch'ei han buc glied. Mo, che quei ei naturalmein legitim. Sche nus lein pia el futur prender e dumignar giu sut 50, lu stuein nus prender ed investir en quella direcziun. Quei ina ga. Lu hai jeu ina damonda, e zuar: Jeu vesel ch'ins ha priu e definiu la promoziun da spazis. E quella ei fetg stretga. Ed jeu sai buc, daco ch'ins ha buc vuliu prender e dir: Nus engrondin il spazi buc sin certas vischnauncas, mobein sillas regiuns. Igl ei pusseivel ch'i dat forsa autras cumbinaziuns da fusiun. E naturalmein sa la Regenza era far certas midadas, aber tenor miu meini stuess ins schlucclar quei. Ins stuess engrondir sur la regiun il spazi da fusiun e lu datti tuttenina tut autras opziuns. E lu forsa aunc ina caussa: Nus vein udiu dalla demografia en nies cantun. Igl ei aber interessant: Nus vein partidas che han giu success tier las davosas elecziuns, cu ei han detg che nus vegnian inundai cun sur 10 milliuns en Svizra, e da l'autra vart vein nus en mintga outra vischnaunca ina demografia. Enzanua va il quen buc si pli. Jeu sun era buc schi perschadius da tut quei che vegn declerau cun tut las graficas. Jeu crei che cheu stuein nus esser optimists. Nus stuein mirar dad esser

aviarts, nus stuein esser preparai pil futur, haver ina buna infrastruttura. Lu havein nus segir success che nus havein ina massa glied che vegnan a vegnir tier nus. En quei senn less jeu naturalmein era sustener d'entrar e tractar quei rapport.

Grass: Ich teile die Auffassung von Grossrätin Ulber weitestgehend. Ich erhalte den Eindruck beim Lesen dieses Berichtes, dass, wer als Gemeinde fusioniert hat, der erhält das Prädikat gut, die andern das Prädikat mangelhaft. Den kleinen Gemeinden wird oft die fehlende Demokratie vorgeworfen, weil sie ihre Aufgaben oftmals über Zweckverbände lösen. Diese werden z. T. als Stolpersteine benannt und es wird gefordert, diese Hemmnisse abzubauen. Da frage ich mich, wie wollen Sie das machen? Wollen Sie ein Verbot von Gemeindezweckverbänden oder eine Einschränkung einführen? Und es steht nirgends geschrieben, dass es zu den Hausaufgaben einer Gemeinde gehört, sie solle jetzt fusionieren.

Es gibt da noch zwei, drei Aussagen, die haben mich dann wirklich aufgeweckt und auch sehr gestört. Grossrätin Rutishauser sagt etwa, dass die Gemeindeversammlung nicht demokratisch sei. Das kann so nicht stehen gelassen werden. Die Gemeindeversammlung ist der bestgelebte Weg der Demokratie. Hier findet der direkte Austausch statt. Es ist möglich, Anträge zu stellen und die Diskussion wird gelebt. Das zeigt auch, in kleineren Gemeinden ist der Besuch durchaus gut an der Gemeindeversammlung und das politische Interesse wird geweckt. Ich habe es in diesem Rat schon mehrmals gesagt, die Stimmbeteiligung, auch bei nationalen Vorlagen oder kantonalen Abstimmungen, ist in kleinen Gemeinden weitaus höher als in grossen, anonymisierten, fusionierten Gemeinden. Als Beispiel: Die letzten Nationalratswahlen, meine Heimatgemeinde hat es auf eine Stimmbeteiligung von 75 Prozent gebracht. Und dann Grossrat Epp, Sie werfen den Gemeinden vor, dass sie eine Scheinautonomie leben und verlangen nach mehr Eingreifen der Regierung. Sagen Sie doch einfach direkt, dass Sie eine Top-down-Strategie wollen, wie es Grossrat Loepfe ähnlich ausgeführt hat. Ich teile zwar einige Ansichten von Grossrat Loepfe, doch eine Zwangsfusion, das kommt nicht in Frage. Eine Zwangsehe, das kann einfach nicht gut gehen.

Zanetti (Sent): Eu fetsch meis votum in rumantsch. Chi chi voul po metter sü ils uragliers. Sco capo dal cumün da Scuol n'ha eu perseguità la debatta d'entrada cun grond interess. Ed eu cumainz cun mias ponderaziuns cun citar ün salüd illa brochüra cha'l cumün da Scuol ha fat ed as drizza tant a la populaziun indigena sco eir a giasts e chi'd es statta publichada quist on. E quella es ün refrain d'üna chanzun d'uffants: «Da ün cuc in teis cumün, da süsom infin giudim, lura vezzast quai ch'el ha, lura't saintast pür da chà.» Ed eu dun plainamaing raschun a collega Grass: I nu dà buns o main buns cumüns. I dà cumüns, ingio cha la populaziun es dachasa. Las instanzas politicas sun nempè in dovair da s-chaffir insembel cun abitantas ed abitants al lö ün dachasa. Quai per sai es üna lavur chi douvra temp. Güsta in cumüns fusiunats. Ed i voul eir temp per crescher insembel, dar lö a las differentas mentalitats e tradiziuns ed i va per s-

chaffir üna nouva identità sülla basa da l'istorgia dals singuls cumüns ed in vista al futur forsa pensond a la debatta cha no vain gnü avant: üna sort transfuormaziun. Fusiuns da cumüns sun nempè üna cesura illa vita politica, culturala, economica ed emoziunala. Scuol es cun üna surfatscha da 428 kilometers quadrat na be il plü grond cumün da tuot la Svizra, ma eir il settavel pitschen chantun da la Svizra. Plü grond sco Basilea-Cità, Appenzell Dadaint, Zug, Appenzell Dadoura, Suotsilvania, Geneva e Schaffusa. A Scuol avdan però be bundant 4700 persunas. Dimena, e quia sco rebomb a la remarcha da collega Cahenzli-Philipp, cha'l chantun as praista blera structura per pacas persunas. Pacas persunas abitan pro no sün grondas surfatschas ed han da portar eir üna gronda chargia cun cuosts d'infrastructura. E scha collega Degiacomi metta il sustegn dal chantun in relaziun cun las persunas, vala la paina da valütar adequatamaing eir il fat, cha las fusiuns as splajan fuormalmaing be sur la surfatscha. Eu sun persvasa cha las fusiuns nu portan novs problems, dimpersè mainan las sfidas a la surfatscha e dvaintan visiblas. E fusiuns spordschan la pussibilità da far ponderaziuns sur ils cunfins dals singuls cumüns oura. Alch chi fa in mincha cas sen. Lapro esa da resguardar bain eir ils bsögns da las singulas fracziuns. Güsta, scha aint il cumün fusiunà sun eir fracziuns cun üna funcziun da center. Las sfidas – e quai es gnü manzunà da divers collegas – nu dvaintan plü pitschnas, e quai independentamaing da la grondezza dals singuls cumüns. Id es però important, cha la popula-ziun dals singuls cumüns decida svesa sur da lur avegnir, valütond las schanzas ed ils ris-chs. Natüralmaing sun eir eu per entrar.

Rutishauser: Ich habe mich nochmal gemeldet, weil ich ein Missverständnis ausräumen möchte. Kollege Grass, Sie haben mich kritisiert, weil Sie sind davon ausgegangen, die Demokratie erleide kein Defizit. Ich meinte auch nicht die nicht fusionierten Gemeinden, im Gegenteil. Obwohl ich die Fusion unterstütze, erkenne ich in den Fusionen ein Risiko für ein Demokratiedefizit. Also um es anschaulich zu schildern: In unserer Gemeinde hat man die Berg- und Tal-Gemeinden fusioniert und ich stelle fest, dass zu den Gemeindeversammlungen kaum mehr Personen von den Berggemeinden kommen. Wir haben erst in Feldis gelebt und haben festgestellt, dort war die Teilnahme an den Gemeindeversammlungen sehr gross. Mittlerweile stelle ich das nicht mehr fest und ich meine, wir müssen Lösungen finden, um in diesen fusionierten Gemeinden die Demokratie aufrechtzuerhalten, also Instrumente zu wählen, die es den Menschen möglich machen, teilnehmen zu können an den Entscheidungen, auch wenn sie nicht vor Ort sind.

Crameri: Von verschiedenen Votanten wurde in dieser Debatte die Raumplanung angesprochen und das aus meiner Sicht zurecht. Denn der Schuh drückt dort ganz gewaltig, bei uns in den Gemeinden, vor allem in den Regionen. Grossrat Luzio hat die Abbildung auf Seite 244 angesprochen und diese bereitet mir tatsächlich auch grösste Sorgen. Und zwar nicht nur die Entwicklung in der Region Albula, wo Sie sehen können, dass wir eine negative Bevölkerungsentwicklung bis im Jahr 2050

haben, sondern die Entwicklung im ganzen Kanton Graubünden. Sie sehen das in der ersten Abbildung, wo 2022 bis 2030 noch mit einem Wachstum gerechnet wird, 2030 bis 2040 ebenfalls und 2040 bis 2050, da erkennen Sie praktisch nichts mehr. Und das ist eine Entwicklung, die bereitet mir grosse Sorgen, sehr grosse Sorgen. Vor allem, wenn wir sehen, wo das Bevölkerungswachstum stattfindet respektive wo es eben nicht stattfindet. Man kann aus dieser Abbildung nämlich herauslesen, dass in einem Bereich von Landquart bis Thusis mit einer Bevölkerungszunahme gerechnet werden kann, und in praktisch allen übrigen Regionen mit Ausnahme der Region Moesa wird mit einer Abnahme gerechnet, und zwar mit einer deutlichen Abnahme bis über zehn Prozent in der Region Engiadina Bassa Val Müstair. Und das hängt eben auch mit der Raumplanung zusammen.

Grossrat Luzio hat die Katze erwähnt, die sich in den Schwanz beisst. Es kommt noch der Hund dazu. Der Hund nämlich, der die Letzten beisst. Und die letzten in der Kette sind dann eben die Gemeinden. Die Gemeinden, die die Raumplanung letztendlich ausbaden müssen, was auf Bundesebene entschieden wurde, etwas weniger was auf Kantonsebene entschieden wurde. Und dann sind eben die Gemeinden am Zug. Und ich bin froh, dass Grossrat Luzio die Gemeindestandesinitiative angesprochen hat, die aus der Region Albula lanciert wird. Denn dort drückt der Schuh ganz gewaltig. Es ist nur schade, dass man eben eine Gemeindestandesinitiative ergreifen muss. Wir hätten es hier im Parlament in der Hand gehabt, selbst eine Standesinitiative einzureichen, wenn die FDP auch vor den Wahlen mitgemacht hätte. Ich hoffe, dass diese Meinung dann überdenkt wird, und die Gemeindestandesinitiative zu einem Zeitpunkt in den Rat kommt, wenn keine eidgenössischen Wahlen stattfinden, und dass man dann über den Schatten springt. Denn es ist entscheidend, es ist wirklich entscheidend, dass wir dort im Bereich des Bundesrechts eine Lockerung hinbekommen. Sonst wird diese Grafik genauso eintreffen, wie sie hier auf Seite 244 abgebildet wird. Vielleicht wird sie sogar noch negativer stattfinden, weil wir in den Regionen grossflächig Bauland auszonieren müssen. Wenn wir kein Bauland zur Verfügung haben, haben wir keinen Wohnraum für unsere einheimische Bevölkerung, für potenzielle Zuzüger. Und der Effekt wird sich noch verstärken und vergrössern. Ich hoffe deshalb, dass diese Initiative zustande kommt und letztendlich dann auch das Parlament dieser zustimmt. Denn Initiativen entstehen ja immer dann, wenn jemand, die Bevölkerung oder eben hier die Gemeinden, unzufrieden sind mit der Politik. Und das ist man eben gerade mit der Raumplanungspolitik auf Bundesebene. Vor diesem Hintergrund danke ich, dass dieser Vorstoss oder diese Initiative erwähnt wurde, und wir hoffentlich im nächsten Gemeindestrukturbericht alle diese Grafiken so drehen können, dass in allen Regionen ein positives Bevölkerungsszenario gezeichnet werden kann.

Metzger: Drei kurze Bemerkungen: Ich wünsche mir, dass Sie in unserem dreisprachigen Kanton, hohe Regierung, wenn immer möglich auf solche Begriffe wie Top-down und Bottom-up verzichten. Lesen Sie mal Ihr

eigenes Regierungsprogramm zum Schutz unserer Amtssprachen. Zweitens, Logik: Das von unten nach oben Prinzip, und das Setzen von Zielvorgaben, von oben herab nach unten, ist in sich widersprüchlich. Und drittens, und da spreche ich Kollege Cramerer nach: Zentralisierung wollen wir nicht. Roman Hug, keine 24 Stunden als Nationalrat vereidigt, hat bereits das Wort ergriffen und die Landschaftsinitiative vor dem Plenum als Zentralisierungsinitiative bezeichnet. In dieser Debatte sollten wir uns daran erinnern.

DeGiacomi: Grossrätin Zanetti hat einen sehr wichtigen Punkt aus meiner Sicht ins Feld geführt. Sie hat mich daran erinnert, dass nicht nur die Anzahl Einwohnender quasi massgebend ist, sondern auch andere Faktoren, wie beispielsweise die Fläche. Ja tatsächlich gibt es verschiedenste Kriterien, die bei einer möglichen Fusion abgewogen werden. Und ich kann ihr auch nur beipflichten, dass die Oberfläche gerade jetzt bei uns beispielsweise, bei Tschierschen-Praden, das sind gerade mal 301 Einwohnende, aber die Fläche, die wir dazugewinnen würden, die wäre ein Drittel. Also jetzt die Hälfte von Chur noch einmal dazu. Ein Drittel der Fläche dazu. Und das zu stemmen ist eine sehr grosse Aufgabe. Tschierschen-Praden erhält aus dem geografisch-topografischen Lastenausgleich, nach einer Fusion erhalten wir das automatisch dann nicht mehr. Und ja, das ist auch ein Punkt.

Ich habe diese drei Punkte, die ich erwähnt habe, das war nicht im Sinne einer abschliessenden Liste, sondern das sind diejenigen Punkte, wo ich einfach denke, dass es sehr schwierig ist, wenn wir eine gewisse Zielsetzung haben, und dann gerade die grossen und gesunden Gemeinden besonders benachteiligt sind. Aber es gibt tatsächlich, und da bin ich völlig einer Meinung mit Grossrätin Zanetti, es gibt auch andere wichtige Faktoren. Ja, ich möchte da nicht länger werden. Ich bin sehr froh, der Regierungsvertreter hört mir aufmerksam zu. Sie wissen natürlich, worum es geht. Und ich bin wirklich sehr sehr froh, wenn Sie der Fusion mit Tschierschen-Praden eine Chance geben wollen, wenn wir uns aufeinander zubewegen können.

Altmann: Wir haben heute wirklich viel gehört. Und ich habe sehr gespannt und aufmerksam zugehört. Ja, die Herausforderungen für die Gemeinden bleiben gross. Das ist definitiv so. Für die Fusionsgemeinden erst recht. Der finanzielle und organisatorische Zustand der Bündner Gemeinden ist sehr gut. So haben wir das heute vielfach gehört und auch schon gelesen. Auch bei uns, nach zehn Jahren Fusion der Tourismusgemeinde mit unseren sieben Talortschaften, steht die Grossgemeinde Arosa im organisatorischen Zustand wirklich gut da, und heute auch noch finanziell.

Bei der künftigen finanziellen Lage sehe ich doch die Herausforderungen noch viel grösser. Momentan sind die Finanzen solide und wir können auch noch den Steuersatz von 90 Prozent beibehalten. Kollege Cortesi hat mir sehr aus dem Herzen gesprochen. Wenn ich die Abbildung auf Seite 227 anschau, sieht man schön, Arosa vor der Fusion, 90 Prozent bis 120 Prozent. Die 120 Prozent, die sind aus den sieben Talortschaften,

welche zwischen 100 und 120 Prozent vor der Fusion hatten. Aber die anstehenden Investitionen in die Wasserreservoirs, Abwasser und weitere Infrastrukturen, so auch, wie das Kollege Degiacomi vorhin erwähnt hat, unsere Gemeinde ist nur ein Drittel kleiner nach der Fusion, wie der ganze Kanton Zug. Also die Herausforderungen für uns, finanziell, die sind riesig. Die nächsten fünf bis zehn Jahre werden wir sehr, sehr grosse Aufwände haben, finanzielle Aufwände, die auch vom ANU uns auferlegt werden. Die Fusionsstrategie vom Kanton Graubünden für die Organisation von einem flächenmässig grossen Kanton ist sicher fortschrittlich, unterstütze ich auch und ist zeitgemäss. Die Einmalzahlung von Unterstützungsbeiträgen hinterfrage ich jedoch sehr stark. Das Ziel der Fusionen, starke Gemeinden zu fördern, hat sich bewahrheitet. Der Kanton delegierte den Gemeinden, wie z. B. auch in der Raumplanung, enorme Aufgaben, aber auch kostenintensive Aufgaben. Der Zustand der Infrastrukturen wurde bei der Fusion nicht berücksichtigt. In den Fusionsgesprächen in den Jahren 2011 und 2012 wurde der Gemeinde Arosa vom Amt für Gemeinden versprochen, dass eine fusionierte Gemeinde massiv vom Finanzausgleich profitieren werde. Somit haben wir auch in der Abstimmungsbotschaft in Rücksprache mit dem Amt für Gemeinden den Stimmbürger im Glauben gelassen, dass die Grossgemeinde jährlich mit rund 987 000 Franken aus dem Finanzausgleich rechnen kann. Jedoch bleiben diese Zahlungen jährlich aus. Vor der Fusion haben die Ortschaften, die sieben Talortschaften in der Finanzklasse 4 oder 5, immerhin mit 40 Prozent Kantonsbeitrag für Aufwand in Infrastrukturen unterstützt. Heute trägt diese Kosten die Grossgemeinde Arosa anstelle des Kantons. Also, die Aufgaben und auch die finanziellen Aufwendungen wurden vom Kanton an die starken Gemeinden übertragen. Ich bitte die Regierung, die Überprüfung des Förderbeitrags, wie es bereits Kollege Degiacomi erwähnt hat, ernst zu nehmen. So, dass wir starken Gemeinden auch weiterhin starke Gemeinden bleiben können. Ich bin für Eintreten.

Standespräsident Caluori: Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich das Wort Regierungsrat Bühler.

Regierungsrat Bühler: Nachdem der Grosse Rat in der Dezembersession 2018 erstmalig über einen Gemeindestrukturbericht diskutieren konnte, und dies auch ausgiebig genutzt hat, freut es mich nun, über die weiteren Erfahrungen in der Gemeindeform Bilanz zu ziehen.

Der zweite Gemeindestrukturbericht präsentiert eine Momentaufnahme unserer Gemeinden, das wurde gesagt, und stellt die Ergebnisse in ein grösseres Umfeld. Er zeigt Statistisches und beleuchtet die finanzielle, strukturelle und politische Seite unserer Gemeinden. Der Bericht belässt es aber nicht beim Blick zurück. Das Kapitel 3 befasst sich, wenn auch nicht abschliessend, so doch umfassend mit den Herausforderungen, denen sich die Gemeinden heute, und mehr noch in Zukunft, gegenübersehen. Der Bericht ist, wie bereits der erste, unterteilt. Einerseits enthält er die Auswertung des Fusions-

Checks der Fachhochschule Graubünden. Andererseits zeigt er, wie eben angedeutet, die heutigen kommunalen und regionalen Strukturen mit zahlreichen Informationen zu den Gemeinden, den Bürgergemeinden und Regionen auf. Es freut mich, und das erwähne ich mit etwas stolz und grosser Genugtuung, dass Ihnen mit dem zweiten Gemeindestrukturbericht erneut nicht nur in knapper oder minimaler Art und Weise die Entwicklung der Gemeindezusammenschlüsse unterbreitet wird. Bereits der erste Gemeindestrukturbericht ging weit über das gesetzlich Geforderte hinaus. Der vorliegende geht nochmals einen Schritt weiter, indem er erneut nach der Februarsession 2011 die politstrategische Haltung des Grossen Rates abfragen möchte.

Mit der Aktualisierung des Fusions-Checks der FHGR ist nun ein Vergleich der Wirkung von Fusionen über einen etwas längeren Zeitraum möglich. Wie immer aber gilt bei allen solchen Instrumenten, sie zeigen nur einen Teil der Wahrheit auf. Wir hatten in den letzten 20 Jahren zahlreiche Fusionen, die sehr unterschiedlich gelagert waren. Fusionen von Ferrera, Calanca oder Bergün Filisur sind sowohl in ihrer Wirkung nach innen, wie auch nach aussen gegenüber Talfusionen wie in der Val Müstair, dem Surses oder Lumnezia oder von Eingemeindungen wie in Klosters, Grono oder Davos völlig verschieden. Jede Fusion hat ihre Berechtigung und daher auch ihre Wirkung. Sie zu vergleichen ist aber nur bedingt möglich und mehr auch nicht nötig. Daher ist der Fusions-Check für jede Gemeinde einzeln zu werten. Der Fusions-Check erweitert die zeitliche Spanne, somit zum Zeitpunkt T3 der 27 Fusionen aus dem ersten Check und beleuchtet mit den gewählten 29 Indikatoren aus drei Dimensionen die acht, neun Fusionen Grono, Thusis, Bergün, Filisur, Brigels, Rheinwald, Muntogna da Schons und die beiden Fusionen von Maladers und Haldenstein mit der Stadt Chur.

Des Weiteren haben wir umfangreiche Abklärungen über das Funktionieren der elf Regionen vorgenommen. Dabei wurden die 101 Mitglieder der Präsidentenkonferenzen und die elf Geschäftsführenden der Regionen befragt. Auslöser war die entsprechende Anfrage von Grossrat Maurizio Michael aus dem Jahr 2020. Die Publikation hat medial bislang nicht grosse Wellen geworfen. Ich habe mich aber sehr, sowohl über die kritischen, vor allem natürlich auch über die wohlwollenden Dankesworte zum Bericht gefreut. Der Bericht bildet ab, was war, und er hilft uns, zusammen mit dieser Debatte eben in die Zukunft zu blicken.

Kontrovers wurde teilweise der angedachte Vorschlag aufgenommen, das Bodenerlöskonto mit einem separaten Gesetzgebungsprojekt im Nachgang aufheben zu wollen. Die Regierung hat sich der einstimmigen Kommission angeschlossen, wonach dieser Themenkreis angesichts des sonstigen Gehalts und der Flughöhe des Berichts nicht behandelt werden soll.

Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, diskutieren heute, und wohl auch morgen noch, über die Ziele der Gemeindereform, und werden die Strategie festlegen. Ich hoffe, und bitte Sie auch darum, dabei den bewährten Weg des Bottom-up-Ansatzes weiter zu beschreiten. Graubünden gilt schweizweit als Vorreiter, wenn es um die Anpassungen von Strukturen geht. Wir haben es

geschafft, innerhalb weniger Jahre die Gemeindegemeinschaft zu verändern, was letztlich nichts anderes bedeutet, dass die Mehrheit der Gemeinden ihre Aufgaben alleine erfüllen, letztlich echte Autonomie leben können. Sie dürfen aber von mir auch erwarten, dass ich mit Nachdruck darauf hinweise, dass noch nicht flächendeckend autonome, starke Gemeinden bestehen oder entstanden sind. Wir haben also schon noch etwas Handlungsbedarf. Ich durfte von Ihnen bereits heute die eine oder andere Idee, das eine oder andere Anliegen und auch Kritik aufnehmen, um zu schauen, wie es uns noch besser gelingt, noch schneller gelingt. Als überzeugter Föderalist freue ich mich auf die weitere Debatte und die Weichenstellungen auf unserem Weg, der von der Überzeugung geprägt ist, starke Gemeinden, starker Kanton. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Das zu meinem Votum.

Jetzt weiss ich nicht, soll ich gerade noch die Frage von Patrik Degiacomi beantworten? Die war konkret und im Voraus gestellt. Damit Sie sich wieder erinnern können, es ist schon ein Weilchen her, Grossrat Degiacomi fragt: Sind Sie der Ansicht, dass das Ziel der 50 Gemeinden ohne Anpassung der Förderbeiträge realistisch zu erreichen ist? Gerne möchte ich wie folgt antworten: Der Kanton Graubünden kann auf eine grosse Strukturreform während der letzten 20 Jahre zurückblicken. Die Mittel für die zahlreichen Fusionen liegen, wie Sie aus dem Gemeindestrukturbericht ersehen, bei stattlichen 200 Millionen Franken. Es ist aber sehr gut investiertes Geld. Davon ist die Regierung überzeugt. Ähnlich wie die Mittel aus dem Finanzausgleich, sind die Förderbeiträge Transferleistungen von der einen Staatsebene, jener des Kantons, zur anderen, jener der Gemeinden. Dies vorausgeschickt, möchte ich auch dezidiert sagen, dass bislang keine einzige Fusion wegen zu wenig Mitteln des Kantons bachab geschickt wurde. Meistens sind es politische oder subjektive Gründe, die zum Abbruch eines Projektes oder zum Nein der Stimmbevölkerung geführt haben. Auch im interkantonalen Vergleich dürfen wir in Graubünden auf eine grosszügige Förderpraxis abstellen. Ihre Fragen implizieren etwas, dass das langfristige Ziel von 50 Gemeinden ohne zusätzliche Fördermittel nicht zu erreichen ist. Ob dem tatsächlich so ist, kann ich nicht abschliessend sagen. Dass es aber in speziellen Fällen substanzielle Mittel braucht, ist tatsächlich nicht in Abrede zu stellen. Dem hat die Regierung im Rahmen der Förderpraxis auch immer wieder Rechnung getragen und sie wird auch in den laufenden Projekten gut überlegt beschliessen.

Ihre zweite Frage: Sind Sie bereit, auch ohne Auftrag aus dem Grossen Rat eine Anpassung der Förderbeiträge zu prüfen und gegebenenfalls vorzunehmen? Wir sind der Meinung, dass es keine grundlegende Anpassung des bisherigen Fördersystems braucht. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass wir in den laufenden oder denkbaren Projekten vor nicht einfachen Fragen stehen, was die kantonale Förderpraxis betrifft. So könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass die Förderpraxis in zwei Bereichen justiert werden müsste. Erstens im Bereich des Steuerfussausgleichs könnte gegebenenfalls ein zusätzlicher Ausgleich stattfinden, weil das arithmetische Mittel der Gemeindesteuerfüsse um mehr als 20 Prozent im Ver-

gleich zu vor zehn Jahren gesunken ist. Zudem wäre ein Ausgleich bei den Spezialsteuern durchaus eine Überlegung wert. Es ist auf alle Fälle wichtig, dass wir dem veränderten Umfeld auch Beachtung schenken. Zweitens, die Umsetzung einer Fusion führt teilweise zu nicht unerheblichen Kosten. Auch hier könnten wir uns vorstellen, einen Pauschalausgleich zu leisten. Es kann aber nicht sein, und das möchte ich betonen, dass der Förderbeitrag alles und jedes finanziert, das auch nur am Rande oder gar darüber hinaus mit einer Fusion zu tun haben könnte. Selbstverständlich, und auch das ist mir wichtig zu unterstreichen, entscheidet darüber die Gesamtregierung. Ich nehme aber Ihre Fragen als Inspiration, beim nächsten Förderbeschluss die entsprechenden Überlegungen einzubringen. Es liegt dann aber schon auch an Ihnen, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, die entsprechenden Mittel im Bedarfsfall freizugeben, auch dann, wenn wir Nachtragskredite beantragen müssten.

Standespräsident Caluori: Somit stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Caluori: Ich schliesse die Debatte für heute. Wir haben eine Punktlandung gemacht. Morgen früh um 8.15 Uhr wird meine Standesvizepräsidentin übernehmen, wir beginnen mit den Nachtragskrediten. Schönen Abend und gute Fraktionsabende.

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Patrick Barandun